Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme" erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Lokales und Provinzielles Reinh. Drescher, für die Inserate Rudolf Kochanski, Halle, für den übrigen Inhalt Otto Pollender, Leipzig. — Verl. der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck Freie Presse G. m. b. H., Leipzig, Königstr. 5.

Bezugspreis: Monatlich 1 [illegible]ark, beim Abholen von der Expedition 90 Pfennig. Bei den Postanstalten vierteljährl. 2.7[illegible] [illegible]e Bestellgeld. Einzelne Nummern 10 Pf. — Insertionsgebühr: Die 7gesp. Kolonelzeile 20 [illegible]nig, Inserate v. auswärts 25 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. Verlag u. Expedition [illegible]e, Große Ulrichstraße 27. Fernspr. 5407 — Zeitungspreisliste Seite 411.

Nr. 288. **Halle, Donnerstag den 12. Dezember 1918.** **2. Jahrgang.**

Einberufung des Reichstages?

Die Dinge im Reiche spitzen sich nicht nur täglich, sondern stündlich zusehends zu und treiben auf eine Lösung hin. In den letzten Tagen wurde gemeldet, daß die Entente an die deutsche Regierung der Volksbeauftragten ein befristetes Ultimatum auf Beseitigung der Arbeiterräte und Herstellung geordneter Verhältnisse und einer verhandlungsfähigen Regierung gestellt habe. Dies hat bürgerlichen Kreisen Veranlassung gegeben, die Einberufung des Reichstages zu verlangen. Das Berliner Tgbl. behauptet in seiner gestrigen Nachmittagsausgabe, daß sich die Reichsregierung, nachdem die Entente seit vier Wochen jeden Verkehr mit der Reichsregierung vermieden und bei Beginn der Verhandlungen über die Verlängerung der Waffenstillstandsverhandlungen in Trier tatsächlich eine Erklärung gegen die Arbeiter- und Soldatenräte abgegeben habe, nun gezwungen sei, sich mit der Einberufung des Reichstages zu beschäftigen. Demgegenüber sind wir in der Lage, feststellen zu können, daß die Meldung, im Kabinett schwebten Verhandlungen über die Einberufung des Reichstages, falsch ist. Die Regierung hat noch keinerlei Anhaltspunkte für die Annahme, daß die Entente die Wiedereinberufung des Reichstages fordern könnte. Auch scheinen die Verhandlungen in Trier überhaupt noch nicht begonnen zu haben.

Die Meldung des Berliner Tageblattes wird heute von den Morgenblättern der bürgerlichen Presse begierig aufgegriffen und natürlich dahin kommentiert, daß die Einberufung des Reichstages gar nicht zu umgehen sei, wobei mehr der eigene Wunsch als das Verhalten der Entente gegen die Reichsregierung mitspricht. Vorläufig würde also abzuwarten sein, ob tatsächlich die Entente Forderungen stellt, die die Einberufung des Reichstages unvermeidlich machen. Sollte es doch noch dahin kommen, so könnte das dem Ansehen der Räteregierung gerade nicht zuträglich sein, nachdem diese seit Wochen in telegraphischen Auseinandersetzungen mit dem Reichstagspräsidenten Fehrenbach die geforderte Einberufung des Reichstags entschieden abgelehnt hat. Das Bürgertum würde aus der Wiedereinberufung neue Hoffnungen schöpfen, obwohl die bürgerliche Presse meint, daß es sich bei der Einberufung des Reichstages nur um eine formelle Angelegenheit handle, nämlich um eine gesetzmäßige Grundlage für die jetzige Regierung zu schaffen, da sich im Reichstage zweifellos eine Mehrheit für die Regierung Ebert und Haase finden werde. Es könnte natürlich auch anders kommen. Und dann wäre die jetzige Regierung, die unbedingt für die Republik, Demokratie und Sozialismus ist, geplatzt. Es ist müßig, heute zu erörtern, was zu geschehen hätte, wenn es dahin kommen sollte. Für uns ist die ganze Unterhaltung eine dringliche Mahnung an die kombinierte Regierung zur unbedingten Einigkeit gegen die Elemente nach links, die nicht nur der Entente zu ihrem Vorgehen den Vorwand geben, sondern auch in der Tat die alleinige Gefahr für die heutige Gewalt bilden. Die Anfeindungen von rechts könnten nur eine Gefahr sein, wenn die Regierung nicht eine entschlossene und einheitliche Politik treibt, die allein die Erhaltung der sozialistischen Republik sichern kann.

Für die Regierung Ebert-Haase wäre die beste Lösung aller Konflikte, die sich aus den Gegensätzen von links und rechts und dem daraus folgenden Vorgehen der Entente ergeben, ein früherer Termin für die Nationalratswahlen. Wie das Hamburger Echo aus guter Quelle erfahren haben will, dürfe mit Sicherheit angenommen werden, daß die Wahlen zur Nationalversammlung nicht Mitte Februar, sondern schon in der zweiten Hälfte des Januar stattfinden würden. Die Entscheidung darüber liegt bekanntlich bei der nächsten Montag zusammentretenden Reichskonferenz der Arbeiterräte. Nach der Stimmung im Reiche glauben wir uns nicht zu täuschen, wenn wir annehmen, daß sich die Reichskonferenz für die früheren Wahlen entscheiden wird. Dann würden sich allerdings die um Haase, die von einem früheren Termine der Nationalratswahlen nichts wissen wollten, endgültig entscheiden müssen, ob sie für die Erhaltung des jetzigen Zustandes einer paritätischen Regierung sind oder nicht. Wenn nicht, da[illegible] müßten sie eben ausscheiden und es bliebe ihnen weiter nichts übrig, als sich dem herostratischen Liebknecht in die Arme zu werfen. Für die Mehrheitspartei würde dann allerdings die Situation nicht einfacher. Sie würde dann nur durch konsequentes Handeln und eiserne Energie sich halten können. Aber sie würde die übergroße Mehrheit des Volkes hinter sich haben.

Klare Entscheidung!

Das Hamburger Echo bespricht Annäherungsversuche, die seitens der Unabhängigen im Hinblick auf die bevorstehenden Konstituantewahlen in Hamburg gemacht worden sind. Das Echo tritt dafür ein, daß die beiden sozialdemokratischen Listen verbunden werden und daß der notwendige Kampf sich in sachlichen anständigen Formen abspielt, wenn möglich ganz eingestellt wird. Im übrigen aber hält das Echo es für dringend geboten, vor der Einigung das Urteil der Massen bei der kommenden Wahl entscheiden zu lassen. Mit vollem Recht führt das Echo aus:

Unsere Anhänger haben sich jahrelang bis in die letzten Tage hinein in Zeitungen und Versammlungen von den Unabhängigen beschimpfen lassen müssen. Ihre selbstlose Arbeit im Dienste des Ganzen ist immer wieder von jener Seite in den Schmutz gezogen worden. Sie haben das alles ertragen — aber nicht damit jetzt, wo die Abrechnung kommt, die Unabhängigen auf ihren Schultern Mandate erringen, die sie aus eigener Kraft nicht zu erringen vermöchten.

Noch entschiedener behandelt das gleiche Thema eine Zuschrift an unser Kieler Parteiblatt. Ein Feldgrauer schreibt diesem, die Heimkehrenden hätten erwartet, daß man nach Erledigung des Streites über die Kriegsfragen sich zur Bewältigung der riesigen Zukunftsaufgaben zusammentun würde. Aber die Unabhängigen hätten statt dessen die Kluft immer mehr vertieft und immer wieder den „unüberbrückbaren Gegensatz" betont. Dabei sei es doch ganz klar, daß die Sozialdemokratie die Kriegskredite immer nur bewilligt habe, um das entsetzliche Unglück von Deutschland fernzuhalten, das jetzt über uns gekommen ist. „Da mag denn auch der Scheidestrich von der alten sozialdemokratischen Partei gezogen werden! Hinweg mit unmöglichen Kompromissen, bei denen allein die Unabhängigen aus übergroßer Toleranz der alten Partei Vorteile gewinnen. Hinweg mit der jetzigen Parität in den Verwaltungskörperschaften! Sie entspricht nicht dem Kräfteverhältnis der beiden Gruppen. Klar zu Tage mit dem Verhältnis der Kräfte! Kampf, offener Kampf! Die Unabhängige sozialdemokratische Partei will es ja selbst so! Darum auf! Das ist die Forderung der heimkehrenden Parteigenossen. Sie werden alle ihre Kräfte dafür einsetzen."

Kiel hat das Signal zur Revolution gegeben. Kiel weist auch jetzt den Weg, auf dem allein die Errungenschaften der Revolution gesichert werden können.

*

Genosse Heilmann, der Herausgeber der Sozialistischen Korrespondenz, wurde von dem Organ der Berliner Unabhängigen, so sich „Freiheit" nennt, unter dem lieblichen Titel: Der auferstandene Schmock persönlich angepöbelt und verdächtigt. Heilmann antwortet darauf, indem er das Gesamtverhalten der Unabhängigen wie folgt charakterisiert:

„Die Unabhängigen haben während des ganzen Krieges das deutsche Volk belogen und betrogen. Sie haben ihm vorgeschwindelt, wir könnten, wenn wir ehrlich demokratisch und pazifizistisch würden, auf die Hilfe der englischen und französischen Arbeiter, auf die Unterstützung der Internationale rechnen. Sie haben geschwindelt, daß in diesem Krieg es sich überhaupt nicht im mindesten um die Verteidigung Deutschlands handle, sondern daß er lediglich für Eroberungen geführt werde. Jetzt stehen die Eroberungspläne der Feinde in grausiger Nacktheit vor dem ganzen deutschen Volke. Jetzt rührt sich in der englischen und französischen Arbeiterschaft kaum eine Hand, um Deutschland zu Hilfe zu kommen; um so wilder tobt der chauvinistische Vernichtungshaß. Von Stunde zu Stunde mehr erkennt das deutsche Volk, wie sehr es von den Unabhängigen irregeführt worden ist und wie recht die ehrlichen Warner hatten, denen der unabhängige Pöbel nachbrüllte, sie verhetzten die Internationale gegeneinander, während sie nur die Wahrheit sagten. Die Stunde der Abrechnung hat geschlagen. Bei den Nationalratswahlen wird das Volk mit den Unabhängigen abrechnen. Ihre schlotternde Angst suchen die Unabhängigen durch solche freche Angriffe zu verdecken, wie sie deren einen heute in der Freiheit gegen mich richten. Das hilft ihnen nichts. Sie werden mich nicht zum Schweigen bringen, sie werden täglich hören müssen, wie sehr sie dem deutschen Volke die Unwahrheit gesagt haben!"

Der Unabhängigen Glück und Ende.

SK. Hätte Deutschland gesiegt, so hätte es wahrscheinlich ein Stück feindlichen Landes annektiert, und im Innern hätten die siegreichen Generale übermütig mit allen Volksfreiheiten Schindluder gespielt. Die Arbeiterklasse hätte sich erbittert um den Preis ihrer Opfer und Mühen betrogen geglaubt und hätte vielleicht den Worten der Unabhängigen Glauben geschenkt, daß an allen ihren Leiden die Mehrheitssozialisten, die „Regierungssozialisten", mit ihrer Kriegspolitik schuld seien. Jetzt ist es anders gekommen. Leider hat Deutschland verloren, und die schmerzlichen Folgen der Niederlage sind dem ganzen Volke fühlbar geworden und werden ihm zu seinem Unglück noch jahrzehntelang immer drückender aufliegen. Jetzt sieht, von wenigen Fanatikern abgesehen, das ganze Volk ein, wie recht die Sozialdemokratie hatte, als sie zur obersten Richtschnur ihres Verhaltens während des ganzen Kriegs den Satz machte: „In der Stunde der Gefahr lassen wir unser Vaterland nicht im Stich."

Infolgedessen schneiden die Unabhängigen überall da, wo das Volk befragt wird, jämmerlich ab. In Dresden und Chemnitz, wo man die Arbeiter- und Soldatenräte auf ehrliche demokratische Weise durch allgemeine Abstimmung gewählt hat, sind die vereinigten Liebknechtianer und Ledebourianer schmählich geschlagen worden, haben auf ein Dutzend sozialdemokratischer Stimmen kaum eine einzige unabhängige aufgebracht.

In der unabhängigen Partei wühlt inzwischen der innere Zwist, der immer tiefer frißt. Die Spartakusleute sind prinzipiell gegen die Nationalversammlung, die Haaseleute dafür. Die Liebknechtianer schimpfen Ebert und Scheidemann Bluthunde und Platzhalter der Hohenzollern, die Unabhängigen sitzen mit ihnen in der Regierung zusammen. Kautsky und Bernstein warnen davor, Deutschland durch überstürzte Verstaatlichung in ein Tollhaus zu verwandeln, die deutschen Bolschewiki verlangen sofortige allgemeine Vergesellschaftung. Die Stärkeren bei diesem Streit sind die Spartakusleute, die Vernunft ist bei den Dittmännern. Aber so sehr auch die Ströbel und Breitscheid sich bemühen, ihre Schäfchen zu hüten, so wenig können sie verhindern, daß diese ihnen davonlaufen. Und die Unabhängigen-Demonstration in Berlin, kläglich besucht, endet damit, daß ihre Teilnehmer sich nach Treptow zur Rosa Luxemburg begeben und im Chor der Liebknechtianer um die Wette mitschreien. Ein Teil der unabhängigen Führer steuert geraden Wegs in das Spartakuslager. So Herr Adolf Hoffmann, der, klug wie er ist, schon heute erklärt, wenn die Nationalversammlung keine sozialistische Mehrheit aufweise, müsse man sie wie in Rußland mit Bajonetten auseinanderjagen. Dadurch wird wahrscheinlich die Werbekraft der Unabhängigen für die Konstituantewahlen außerordentlich gestärkt werden.

An sich schwach und obendrein in sich vollständig zerrissen, hat die unabhängige Sozialdemokratie keinerlei Zukunftsaussichten mehr. Sie hat beschlossen, bei den kommenden großen Volksratswahlen überall selbständig vorzugehen und jede Gemeinschaft mit der Partei abzulehnen. Wir sind nicht untröstlich darüber, daß jene die Einigung vereiteln und die Kraftprobe anstellen wollen. Sie werden ja nachher sehen, was von ihnen noch übrig ist.

Das Mitteilungsblatt der Berliner Unabhängigen möchte wenigstens vor den Wahlen noch gern die Regierung sprengen; es schreibt deshalb:

Je länger, je mehr zeigt sich, daß eine Zusammenarbeit mit den Ebert und Scheidemännern unmöglich ist oder dazu führt, daß die Sache des Proletariats, die Revolution, dabei unter die Räder kommt.

Den Gedanken an die Wiedervereinigung nennt das Blatt einen Traum, der nie Wirklichkeit werden könne, niemals dürften die „Sünden" der „Regierungssozialisten" in Vergessenheit geraten. Wir sind auf diese Sünden stolz und sehen dem Urteil des Volkes ruhig entgegen. Nach der Wahlschlacht wird die vernünftige größere Hälfte der Unabhängigen ohnedies zur alten Partei zurückkehren und ohne Klauseln und Vorbehalte die proletarische Einheit wieder herstellen. Den Rest gönnen wir Spartakus.

Die Unabhängigen und die Nationalratswahlen.

Das Bürgertum hat in seiner politischen Organisation eine völlige Umschaltung vorgenommen und sich zu einigen großen Parteien zusammengeschlossen, die nun überall eine rührige Agitation für die Nationalratswahlen betreiben. Die Leutchen wissen, was auf dem Spiele steht und lassen es sich ein gutes Stück Geld kosten, um das Glück der Wahl zu ihren Gunsten zu lenken. Dieser Eifer sollte den beiden sozialistischen Richtungen — von den Spartakusleuten sehen wir ab — als leuchtendes Beispiel vor Augen stehen und sie zur Nachahmung anspornen. Versuche, die beiden Gruppen nach dem Sturz der alten Gewalten zu einigen, um die so leicht errungene Macht dem Proletariate zu erhalten, sind von den Unabhängigen fast überall brüsk abgewiesen worden. Einige Orte, wie Magdeburg, bilden eine rühmenswerte Ausnahme. Aber nicht nur eine Wiedervereinigung wird von unabhängigen Heißspornen rundweg abgelehnt, sondern auch jedes Zusammengehen bei den Nationalratswahlen. Sie haben ausdrücklich das volle selbständige Vorgehen im Wahlkampfe beschlossen, um die Prinzipien der Partei und des Sozialismus rein zu halten.

Der Beschluß der Unabhängigen, jede Verbindung mit der Sozialdemokratie abzulehnen, ist angesichts dieses Zerfalls der eigenen Partei und der rührigen Agitation der bürgerlichen Kreise der reine Selbstmord. Deshalb fängt es auch unter den Unabhängigen an zu tagen. In der unabhängigen sozialistischen Wochenschrift Der Sozialist besprechen Rud. Breitscheid und E. Nestriepke die Bedingungen, unter denen sich die Wahlen zur Konstituante am 16. Februar vollziehen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519181212-15/fragment/page=0001

werden. Breitscheid glaubt sich — wenn auch resigniert — mit der Wahl abfinden zu sollen. Er meint, daß es nur eine Alternative gebe: entweder die Wahl gewaltsam zu hintertreiben oder sich an ihr zu beteiligen. Aus taktischen Gründen sei es schwer, den ersten Weg zu beschreiten. Es bleibe daher nichts anderes übrig, als **entschlossen und rückhaltlos in den Wahlkampf** einzutreten, um für den Sozialismus zu retten, was noch zu retten ist.

Nestriepke tritt, da nicht damit zu rechnen sei, daß zwischen den „Abhängigen" und „Unabhängigen" bis zu den Wahlen eine Einigungsaktion Erfolg haben könne, für ein **selbständiges** Vorgehen der letzteren im Wahlkampf ein. Indessen dürfe man nicht wünschen, daß der Wahlkampf sich zuspitze auf Auseinandersetzungen zwischen diesen Parteien. Die Differenzen zwischen den sozialistischen Parteien dürfen nicht hindern, daß **nötigenfalls gemeinsam Front gegen die bürgerlichen Parteien gemacht wird.** Das bedeute kein Verwischen der vorhandenen Unterschiede; es müsse nur vermieden werden, daß an Stelle sachlicher Auseinandersetzungen eine verbitternde und erbitternde Fehde trete, in der die besten Kräfte sich verzehren, während der Bourgeois als lachender Dritter zusehe. Um in der kommenden Nationalversammlung eine Mehrheit von Vertretern zu haben, die für den Sozialismus, für die sozialistische Republik zu wirken bereit sind, müsse man sich sogar mit dem Gedanken einer Verbindung der Linken **vertraut machen.** Gegen eine solche könne sich höchstens ein Parteifanatiker wenden, der die Bedeutung des Kampfes, in den die Arbeiterschaft jetzt eintritt, nicht voll erfaßt.

Sehr richtig! Der Herr Nestriepke steht auch keineswegs allein mit seiner Auffassung. Aber die harten Köpfe der Parteiführer wollen nicht zulassen, daß es zu einem Zusammengehen der sozialistischen Parteien im Wahlkampfe komme, obwohl im Interesse des Sozialismus dringend wünschenswert ist, wünschenswert weniger im Interesse der Sozialdemokratie, als der Unabhängigen. Einmal wird aber auch die Einsicht der Anhänger der Unabhängigen in die Notwendigkeiten über den Fanatismus der Führer siegen. Möchte es dann nicht zu spät sein!

Der Arbeitsplan der Sozialisierungs-Kommission.

Die Kommission für Sozialisierung betrachtet es als ihre Aufgabe, jene Maßnahmen vorzubereiten, die geeignet sind, die Ueberführung von Produktionsmitteln in die Verfügungsgewalt der Gemeinschaft zu bewirken.

Sie ist sich bewußt, daß die Vergesellschaftung der Produktionsmittel nur in einem länger währenden organischen Aufbau erfolgen kann. Erste Voraussetzung aller wirtschaftlichen Reorganisation bildet die Wiederbelebung der Produktion. Vor allem erfordert die wirtschaftliche Lage Deutschlands gebieterisch die Wiederaufnahme der Exportindustrie und des auswärtigen Handels.

Die Kommission ist der Ansicht, daß für diese Wirtschaftszweige die bisherige Organisation gegenwärtig noch beibehalten werden muß. Ebenso erfordert die Ingangsetzung der Industrie die Aufrechterhaltung und Erweiterung des Zirkulationskredits und damit die ungestörte Funktion der Kreditbanken.

Im Interesse unserer Lebensmittelversorgung wird auch nicht vorgeschlagen werden, in die bisherigen Besitz- und Betriebsverhältnisse der bäuerlichen Bevölkerung einzugreifen. Hier soll durch der Landwirtschaft angepaßte Maßnahmen und durch Unterstützung der Genossenschaften die Produktivität gehoben und die Intensität gesteigert werden.

Dagegen ist die Kommission der Ansicht, daß jene Gebiete der Volkswirtschaft, in denen sich kapitalistisch-monopolistische Herrschaftsverhältnisse herausgebildet haben, für die Sozialisierung in erster Linie in Betracht kommen. Insbesondere muß der Gesamtheit die Verfügung über die wichtigsten Rohstoffe, wie **Kohle und Eisen,** zustehen. Es soll geprüft werden, welche andere Zweige der Produktion und der Kraftgewinnung infolge der erweiterten Konzentration geeignet sind, in Gemeinwirtschaft überführt zu werden, welche Wirtschaftszweige somit ihrer Natur nach, wie z. B. das **Versicherungswesen** und die **Hypothekenbanken,** für die Sozialisierung in Betracht kommen.

Die Kommission ist sich bewußt, daß der Erfolg der Sozialisierung abhängt von der Erhöhung der Produktivität, die durch die beste Organisation der Betriebe und Ersparung aller unnützen Zirkulationskosten unter Leitung bewährter Techniker und Kaufleute erzielt werden muß. Sie wird sich durch diesen Gesichtspunkt auch auf dem Gebiete der Landwirtschaft leiten lassen, wo die Verfügung über die Kalifundien und die großen Forste der Gesamtheit zustehen muß.

Die Kommission ist der Ansicht, daß es von der Natur der Wirtschaftszweige abhängt, welche Maßnahmen für die Sozialisierung am geeignetsten erscheinen, ob die Verfügung dem Reiche, den Kommunen oder anderen Selbstverwaltungskörpern zustehen soll, oder ob für einzelne Produktionszweige die Ausdehnung der Eigenproduktion der Genossenschaften das geeignete Mittel der Ausschaltung des kapitalistischen Profits darstellt.

In gleicher Weise werden auch die Mittel der Sozialisierung je nach der Natur der Wirtschaftszweige sich verschieden gestalten müssen. Neben der völligen Uebernahme kommen noch andere Formen der Beteiligung und der Kontrolle durch die Gesamtheit in Betracht.

Die Kommission glaubt, daß die bisherigen Besitzer für die Uebergabe ihrer Betriebe durch Ablösungsrenten entschädigt werden sollen, damit Härten und Ungleichmäßigkeiten in der Heranziehung des Besitzes zu den Aufgaben der Gesamtheit vermieden werden. Es unterliegt dann der politischen Entscheidung, in welchem Umfange, vor allem auf dem Wege der Vermögensabgabe und der Besitzbesteuerung, die allgemeine Heranziehung der gesamten besitzenden Klassen erfolgt.

Die Kommission ist gewillt, von dieser allgemeinen Grundlage aus ihre Arbeit zu unternehmen und mit aller Beschleunigung ihre Vorschläge für die einzelnen Zweige der Wirtschaft zu erstatten.

Die Sozialisierungskommission.

Die Freiheit der Meere und die allgemeine Abrüstung.

Eine Kunde, die uns aufhorchen lassen muß, kommt aus London. Danach wird amtlich mitgeteilt, daß die englische Regierung mit der endgültigen Absicht zur Friedenskonferenz gehen wolle, **um die Aufhebung der Militärdienstpflicht in ganz Europa vorzuschlagen.** Da sich in früheren Stadien alle Regierungsvertreter **sehr zurückhaltend** über diesen Punkt ausgesprochen haben, kommt der englische Vorschlag sehr überraschend. Und das um so mehr, als nach den letzten Nachrichten sogar die Absicht bestand, einen bedeutenden Teil der Armee angesichts der Lage in Europa unter Waffen zu halten. Inzwischen wurden Verordnungen erlassen, aus denen geschlossen werden konnte, daß das alte System der Werbung wieder in Kraft gesetzt werden sollte. Wenn jetzt die englische Regierung plötzlich einen so folgenschweren Beschluß, wie es der Abrüstungsvorschlag tatsächlich ist, veröffentlicht, so hat das, meint das **Berliner Tageblatt,** wahrscheinlich zwei Gründe:

Erstens die Sicherung eines vollkommenen Erfolgs der am 14. Dezember stattfindenden Unterhauswahlen für Lloyd George. Der Vorschlag wird auf die Soldaten und Arbeiter Englands großen Eindruck machen. Zweitens ist der englische Antrag der **große Gegenzug gegen das Eintreten Wilsons für die Freiheit der Meere, diesen einzigen schwarzen Punkt in der internationalen Lage Englands. Der Antrag des Koalitionskabinetts** schlägt Wilson mit seinen eigenen Waffen. England wird dieselben Gründe für die Abrüstung zu Lande wie Wilson für die Verminderung der Kriegsmöglichkeiten zur See anführen. Wenn aber Amerika mit seiner völkerbeglückenden Geste eigennützige Zwecke verfolgen sollte, träfe das doppelt für die schöne Absicht Englands zu. Die Abrüstung bedeutet, daß der englischen Seegeltung kein kontinentales Gegengewicht gegenüberstehe. Sie bedeutet tatsächlich durch die Blockademöglichkeit, die nur England hat, **Englands Herrschaft über Europa.** Daß Amerika von der Abrüstung zu Lande ausgenommen zu werden scheint, ändert daran nichts. Die Lage ist also jetzt so, daß England und Amerika sich beide mit völkermoralisch gleichwertigen und fundamentalen Forderungen gegenüberstehen, die politisch beide von der größten Bedeutung für die zukünftige Macht der beiden einzigen Gewinnenden in diesem Kriege, England und Amerika, sein werden. Wie sich Frankreich zu dem Vorschlag stellt, ist noch unklar. Macht Amerika gegen die Abrüstung zu Lande Schwierigkeiten, dann geht bestimmt Frankreich mit Amerika. Es wird sogleich alles versuchen, um Wilson zu überzeugen, daß man es nicht der Grande anderer in der Behauptung seiner Eroberungen überlassen dürfe. Die weitere Entwicklung ist jedenfalls unübersehbar. Um so mehr, als Amerika ebenso wie England sein Aeußerstes tun wird, um einen Konflikt untereinander zu vermeiden.

Wilson ist jetzt auf dem Wege nach Deutschland, und die Ideale der Amerikaner zu verteidigen und für seine 14 oder mehr Punkte einzutreten. „Auf der Friedenskonferenz wird der Präsident," sagt ein amerikanisches Blatt, die Associated Preß, „auf die **Freiheit der Meere** und die **allgemeine Abrüstung** bestehen. Auf das dreijährige Flottenprogramm der Vereinigten Staaten gestützt, beabsichtigt die Ankündigung, daß kein Volk die Vorherrschaft auf dem Meere innehaben dürfe, und daß, wenn andere Völker das Flottenbauprogramm nicht einschränken, die Vereinigten Staaten das ihrige **erhöhen** müßten. Der Präsident geht von der Ansicht aus, daß die **Meere von der ganzen Welt bewacht** werden müßten."

Auch diese Botschaft, die wohl nicht ohne Zustimmung Wilsons abgeschickt werden konnte, erregt in den Vereinigten Staaten sowohl als auch in England ungeheures Aufsehen. In ihr stellt Wilson die Freiheit der Meere **neben** die allgemeine Abrüstung. England will die allgemeine Abrüstung zu **Lande,** die Rüstung zur See aber will es beibehalten. In diesem Plane muß es in Konflikt mit Amerika kommen. In der Tat erklärt ja Wilson, daß das amerikanische Flottenprogramm abhängen werde von der **englischen** Flottenpolitik. Diese aber ist natürlich diktiert von dem Gedanken und dem festen Willen, auch in alle Zukunft die Meere und damit die Welt zu beherrschen. Danach ist auch die englische Anregung, auf der Friedenskonferenz die Aufhebung der Militärdienstpflicht, d. h. die Abrüstung zu Lande, durchzuführen, als ein einseitig im Interesse Englands liegender Gedanke zu bewerten. Der Frieden kann der Welt nur dauernd erhalten werden, wenn die Abrüstung **allgemein** ist, sich also nicht nur auf das Land, sondern auch auf das Wasser erstreckt. Bei dem Herrschaftswillen Englands ist es sehr fraglich, ob Wilson auf der Friedenskonferenz dagegen etwas durchsetzen wird.

An das deutsche Volk.

Am 4. Dezember 1918 forderten zwei Versammlungen in Köln unter Führung ehemaliger Zentrumsabgeordneter als anerkannte Vertreter des Volkswillens aller Parteien im Rheinland und Westfalen und in anderen Ländern am Rhein auf, die Proklamierung der dem Deutschen Reiche angehörigen „selbständigen" Rheinisch-Westfälischen Republik in die Wege zu leiten. Die unterzeichneten Volksbeauftragten halten es demgegenüber für ihre Pflicht, zu betonen, daß das Ziel der großen deutschen Volksbewegung im November 1918 nicht die Abtrennung und Selbständigmachung ehemaliger Teile des Reiches oder Preußens vom Gesamtgebiet ist, sondern eine „kraftvolle Zusammenfassung und Vereinigung" aller Reichsteile zu einem Gemeinwesen, das die großen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aufgaben der neuen deutschen Republik einheitlich und volkstümlich regelt. Wie diese Aufgaben mit selbstverständlicher Berücksichtigung der Interessen der verschiedenen Reichsteile zu lösen sind, das wird durch die von der Reichsleitung einberufenen Deutschen Nationalversammlung entschieden werden. Dabei wird auch das künftige Schicksal des preußischen Staates endgültig bestimmt werden. Eine Neugreifung seines Staatsgebietes dürfte durchaus im Gange der wahrscheinlichen Entwicklung liegen. Hierbei verfassungsmäßig mitzuwirken, sind diejenigen „anerkannten Vertreter des Volkswillens" berufen, die auch im Rheinland und Westfalen unter dem freiesten Wahlrecht der Welt zur Nationalversammlung entsendet werden. Aufs entschiedenste aber legen wir im Namen des deutschen Volkes und der deutschen Revolution Verwahrung gegen die Bestrebungen ein, wie sie in Köln zutage getreten sind. Die Einheitlichkeit des Reichs wird nicht „gewahrt", sondern gefährdet durch die völlig grund- und beweislosen Behauptungen, es bestehe „völlige Unmöglichkeit, in Berlin eine geordnete Regierung zu schaffen"; vielmehr sind die Kölner Beschlüsse einseitig und im höchsten Grade geeignet, die Zusammenfassung aller Kräfte der Heimat in dieser schweren Uebergangszeit vom Kriege zum Frieden ganz erheblich zu hindern und zu schwächen. Die Volksbeauftragten sind deshalb gewiß, daß auch im Rheinland-Westfalen die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung sich entschlossen gegen jeden Versuch der Abtrennung wendet. Wir fordern die Bevölkerung des gesamten Deutschen Reiches und ihre provisorischen politischen Behörden auf, sich wie ein Mann mit uns zur Abwehr aller Zersplitterungsversuche offener oder versteckter Art zu vereinigen, und dementsprechend zu handeln.

Berlin, 11. Dezember 1918.

Die Volksbeauftragten:

Ebert. Haase. Landsberg. Barth. Dittmann. Scheidemann. Dr. Preuß, Staatssekretär.

Von den Soldatenräten des 18. Armeekorps.

Bad Nauheim, 11. Dezember. Heute vormittag hielten 300 Angehörige der Soldatenräte des 18. Armeekorps in der hiesigen Turnhalle eine Versammlung ab. Im Verlaufe der Sitzung wurde folgende Entschließung gegen 2 Stimmen angenommen: Die heute in Bad Nauheim tagende Räteversammlung der Truppen im Bereiche des 18. Armeekorps bekennt sich zu der Regierung Ebert-Haase und fordert die baldmöglichste Einberufung der Nationalversammlung **zur Sicherung und für den Aufbau der Republik.** Die Versammlung **verurteilt** aufs schärfste das **unverantwortliche Treiben der Spartakusleute und verlangt von der Regierung, daß sie dem sofort mit allen Mitteln ein Ende mache.** Als ebenso selbstverständlich muß jeder Versuch einer Gegenrevolution, der von rechts gemacht wird, aufs schärfste bekämpft werden.

Abbau der A. u. S.-Räte in Hessen.

Aus **Darmstadt** wird gemeldet:

„Der hessische Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat löst sich auf. An seiner Stelle wird ein Volksrat für die Republik Hessen gebildet. Dieser Volksrat stützt sich auf **alle Bevölkerungsschichten** der Republik Hessen, die auf dem **Boden der Republik** und der **Demokratie** stehen. Die örtlichen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte werden aufgefordert, sich aufzulösen und ihre Aufgaben dem neu zu bildenden Volksrat zu übertragen. Der hiesige Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat konstituiert sich sofort nen als Volksrat."

Es wäre wünschenswert, wenn überall in der gleichen Weise verfahren würde, solange die Nationalversammlung noch nicht zusammengetreten ist. Der Willkür und den Ausschreitungen zahlreicher Soldatenräte muß ein Ende gemacht werden.

Fast wie in Leipzig!

Aus **Berlin** wird berichtet: Die **Spartakusleute** haben in dem Berliner Vorort **Neukölln** die Herrschaft an sich gerissen und regieren dort in ihrer Art darauf **los.** Sie betrachten sich als **vollständig selbständig** und kümmern sich um Verfügungen der Regierung nicht. Von der Regierung sind bereits verschiedene Anordnungen, die sie erlassen haben, für **ungültig** erklärt worden, aber darauf legen sie anscheinend gar keinen Wert. Jetzt haben sie aus eigener Machtvollkommenheit auch die **Stadtverordnetenversammlung außer Kraft gesetzt,** indem sie an den Magistrat ein Schreiben richteten, daß der Arbeiterrat entschlossen sei, die Stadtverordnetenversammlung nicht zusammentreten zu lassen, daß vielmehr der **Arbeiterrat** zusammen mit dem Magistrat die Geschäfte der Gemeinde übernehmen und zum äußeren Zeichen zur selben Zeit und am selben Orte mit derselben Tagesordnung zusammentreten werde, die der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt war. Die städtischen Körperschaften haben sich sofort mit einer **Beschwerde** an die Regierung gewandt.

Protestkundgebungen gegen die polnischen Ansprüche auf Ober-Schlesien

haben am 9. Dezember in fast allen oberschlesischen Städten stattgefunden. Die Frage, „soll Oberschlesien deutsch bleiben", wurde auf allen Versammlungen durch begeisterten Beifall von Tausenden bejahend beantwortet. Die polnische Opposition, die sich an einzelnen Stellen bemerkbar machte, wurde fast überall auf das entschiedenste zurückgewiesen. Nur in Kattowitz gelang es polnischen Sprengkolonnen, den Vortragenden durch terroristischen Lärm zu unterbrechen. Aehnliche Versuche wurden dagegen z. B. in Sarau und Gleiwitz, wo auch polnisch sprechende Redner sich auf das deutlichste für die deutsche Ordnung und gegen die polnische Wirtschaft erklärten, von den Versammlungen energisch abgelehnt. In Oppeln wurde von 2000 Personen einstimmig folgende Resolution gefaßt und an den Volksbeauftragten Ebert gesandt:

Ueber 2000 deutsch und polnisch sprechende Männer und Frauen aus Stadt- und Landkreis Oppeln sprechen das unbedingte Verlangen aus, daß Oberschlesien auch fernerhin mit dem Deutschen Reiche vereint bleibt. Mehr als 600 Jahre lange Zusammengehörigkeit hat so enge wirtschaftliche und kulturelle Bande um Oberschlesien und das Reich geschlungen, daß die Bestrebungen gewissenloser Hetzer, die Gemeinschaft zu lösen, den entschiedensten Widerspruch herausfordern. Wir sprechen die dringende Bitte aus, alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, daß die Zugehörigkeit Oberschlesiens zum Reich gewährleistet und es gegen wilde Annexionsgelüste geschützt werde.

Ein deutsch-tschechisches Wirtschaftsabkommen.

Wie Wolffs Sächsischer Landesdienst von zuständiger Stelle erfährt, ist zwischen Vertretern der deutschen Regierung und der tschechisch-slowakischen Republik zur vorläufigen Regelung einiger dringlicher wirtschaftlicher Fragen eine Vereinbarung getroffen worden, die zunächst bis zum Abschluß des Friedens Geltung haben soll, und durch die in keiner Weise der Regelung einer zwischen beiden vertragschließenden Teilen strittigen Frage an einem späteren Zeitpunkt vorgegriffen werden soll. Danach liefert Deutschland 15 000 Tonnen Steinkohlen und Koks monatlich gegen 70 000 **Tonnen Braunkohle,** welche die tschechisch-slowakische Republik zur Verfügung stellt. Ferner gestattet diese die Ausfuhr von Marmelade, Pflaumenmus, getrocknetem Obst, Kaolin, Graphit, Gruben-, Bau- und Nutzholz, sowie Hartblei in gewissen Mengen. Deutschland wird dagegen liefern: Maschinen und Maschinenteile, sowie Erzgnisse der elektrotechnischen Industrie, ferner Chemikalien, Quarzsand, Glühlampen und Zündschnuren in gewisser Menge und soweit es die Befriedigung des inländischen Bedarfs zuläßt.

Dieses einstweilige Abkommen ist sehr zu begrüßen. Es kann als der Anfang des Wiederaufbaus des internationalen Wirtschaftslebens betrachtet werden. Von diesem Abkommen dürfte wohl in erster Linie Sachsen profitieren.

Streikbewegung in England.

Rotterdam, 11. Dezember. Aus **London** wird gemeldet: Die Nationalversammlung der Eisenbahnangestellten beschloß, das Uebereinkommen mit der Regierung zu kündigen, demzufolge die Beratungen über die Forderungen der Angestellten bis zur Beendigung der Feindseligkeiten aufgehoben werden sollen. Die Angestellten bestehen jetzt auf Durchführung des **achtstündigen Arbeitstages** und drohen mit dem **Generalstreik,** falls ihre Forderungen nicht sofort bewilligt werden.

Haag, 10. Dezember. Daily Telegraph meldet aus **Manchester: 100 000 Textilarbeiter in Lancashire haben die Arbeit niedergelegt,** weil keine Einigung über die beantragte Lohnerhöhung von 40 Prozent zu erzielen war. Nur wenige Fabriken haben dieser Lohnforderung zugestimmt. Außerdem sind die Vorräte an Rohmaterial sehr beschränkt, so daß das Heer der Arbeitslosen und Streikenden auf 200 000 wächst. Die Union der Wollspinner und Wollkämmerer steht finanziell sehr kräftig da, da sie zur Zeit über eine halbe Million Pfund verfügt. Dies wird sie in den Stand setzen, einen Streik für die Dauer eines halben Jahres zu überdauern.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Der Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte.

Der Vollzugsrat mahnt die Teilnehmer des am 16. Dezember stattfindenden Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte, aus Rücksicht auf die bestehenden Verkehrsschwierigkeiten rechtzeitig abzureisen. Die bereits am 15. Dezember in Berlin anwesenden Delegierten vereinigen sich dort zu einem zwanglosen Zusammensein.

Von der neuen Reichsverfassung.

Die Verhandlungen der Konferenz, die im Reichsamt des Innern tagt und sich mit dem staatsrechtlichen Neuaufbau Deutschlands beschäftigt, sind noch nicht abgeschlossen. In den wichtigsten Materien hat sich eine weitgehende Uebereinstimmung gezeigt. Man hofft, morgen zum Abschluß zu gelangen.

Die Wahl der württembergischen Landesversammlung.

Die provisorische Regierung Württembergs beschloß, die Vorverlegung des Wahltermins für die verfassunggebende Landesversammlung auf den 12. Januar.

Vorläufig keine Revolutionsfeiern.

In der Presse war mitgeteilt worden, daß am 1. Januar auf Veranlassung der preußischen Staatsregierung Revolutionsfeiern veranstaltet werden würden. Das preußische Staatsministerium, das sich am Dienstag abend mit dieser Angelegenheit beschäftigte, hat mit Mehrheit beschlossen, von Revolutionsfeiern am 1. Januar abzusehen. Es ist möglich, daß die Feier auf den 1. Mai verschoben wird.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519181212-15/fragment/page=0002

Die Entente verlangt nicht die Auflösung der Arbeiterräte.

Der Arbeiterrat von Frankfurt a. M. veröffentlicht eine Richtigstellung: Die in verschiedenen Blättern gebrachte Nachricht, daß die Entente die Auflösung der Arbeiter- und Soldatenräte in der neutralen Zone verlangt habe, ist vollkommen unrichtig. Der Arbeiterrat hält hier wie in anderen Städten nach wie vor seine Tätigkeit aufrecht. Die Falschmeldung ist auf folgende Mitteilung des Armeehauptquartiers zurückzuführen: „Die Entente hat sich das Kontrollrecht in der neutralen Zone vorbehalten. Arbeiter- und Soldatenräte werden nicht geduldet, sie sind daher in der neutralen Zone aufzulösen. Die Mitglieder der Arbeiter- und Soldatenräte, die in der neutralen Zone angetroffen werden, müssen gewärtig sein, von der Entente verhaftet zu werden." Der Frankfurter Arbeiterrat erklärt, daß es vollkommen unwahr sei, daß die Entente sich Eingriffe in die innerpolitischen Einrichtungen der neutralen Zone vorbehalten habe.

Haftentlassung der westfälischen Großindustriellen.

Die wegen angeblichen Hochverrats verhafteten Großindustriellen August Thyssen, Fritz Thyssen, Eduard Stinnes, Direktoren Herle, Becker, Wirtz, Kommerzienrat Küchen und Assessor Stens sind auf Anordnung des preußischen Ministeriums des Innern heute sämtlich freigelassen worden. Der Kellner, der ihr Gespräch belauscht haben wollte, und dessen Aussage sie schwer belastete, erscheint nicht als unbedingt glaubwürdig. Der Wirt des Lokals, in dem die Zusammenkunft stattgefunden haben sollte, hat bekundet, daß bei ihm eine derartige Konferenz überhaupt nicht stattgefunden hätte. Der Verdacht hat sich danach nicht aufrechterhalten lassen.

Aus Dortmund wird hierzu noch berichtet: Ein Berliner Kriminalbeamter und ein Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrats aus Mülheim waren am Mittwoch hier, um die Angelegenheit Thyssen-Stinnes zu untersuchen. Der Urheber der Anschuldigungen, ein Kellner, namens Robert Börsch, ist Schriftführer des Sicherheitsausschusses des Arbeiter- und Soldatenrats Dortmund. Bei der Vernehmung gab er zu, daß er die Anschuldigungen erdichtet hat. Daraufhin wurde Börsch verhaftet.

Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit.

Das Reichsamt für Demobilisation hat eine Reihe von Maßnahmen eingeleitet, von denen eine Abnahme der großstädtischen Arbeitslosigkeit erwartet werden kann. Unter anderem wird die notwendige Herausziehung der Arbeiterinnen aus den Fabriken betrieben; damit an ihre Stelle die Arbeitslosen männlichen Geschlechts treten können. Die Arbeiterinnen sollen auf dem Lande und in den Kleinstädten untergebracht werden, ein Programm, dessen Durchführung großzügig in die Wege geleitet worden ist. Auch sonst sind Maßnahmen eingeleitet, um die Verteilung der in den Großstädten zusammengeballten Massen von Arbeitslosen aufs Land herbeizuführen.

Schließlich sind von dem genannten Amt Schritte unternommen worden, um die sofortige Entlassung aller Bergarbeiter aus dem Heeresdienste herbeizuführen. Man hofft auf diese Weise den immer fühlbarer werdenden Kohlenmangel beseitigen zu können.

Die Partei der Scharfmacher.

Die Einigung zwischen der deutschen demokratischen Partei und der deutschen Volkspartei ist keine vollständige geworden. Der schwerindustrielle Flügel der Nationalliberalen wurde bekanntlich draußen gelassen und sucht, von allen Seiten isoliert, seine brüchige Existenz weiter zu fristen, indem er das Wapperschild der „Deutschen Volkspartei" aufrecht erhält. In der Täglichen Rundschau setzt Professor Dr. Leidig-Hilbersdorf das Programm dieser Partei auseinander. Leidig ist einer der übelsten und berüchtigsten Scharfmacher, aber in den jetzigen Zeitläuften müssen sich selbst Scharfmacher mit einem Tropfen revolutionären Oels salben, bevor sie in die Oeffentlichkeit treten. Deswegen faselt Herr Leidig von einem „Wiedererwachen des Liberalismus" und preist seine Gründung als „sozialliberal". Aber sein Artikel zeigt, daß der alte reaktionäre Geist des Scharfmachertums sich nicht um ein Jota geändert hat, und wenn Herr Leidig am Schluß mit dem Bekenntnis herauskommt: „Der große ideengeschichtliche Gegensatz bleibt auch fernerhin Sozialismus und Liberalismus", so können wir ihm darin vollkommen beistimmen, daß zwischen dieser Sorte Liberalismus und dem Sozialismus stets ein Unterschied wie zwischen Wasser und Feuer bestehen wird. Denn der Liberalismus Leidigischer Färbung ist nichts als das politische Gewand des nackesten Kapitalismus.

Zur Wohnungsnot in Preußen.

Unbeschadet der vom Reich und der Regierung geplanten weitergehenden Einschränkung der Zwangsvollstreckung gegen Kriegsteilnehmer hat Justizminister Dr. Rosenfeld mit Rücksicht auf die herrschende Wohnungsnot für Preußen angeordnet, daß die Gerichtsvollzieher vor der zwangsweisen Räumung von Wohnungen ohne Unterschied, ob es sich um Kriegsteilnehmer handelt oder nicht, in allen Fällen, in denen Obdachlosigkeit der aus der Wohnung zu entfernenden Personen zu befürchten ist, die anderweite Unterbringung dieser Personen bei der Ortspolizeibehörde zu vermitteln haben.

Graupen statt Bier.

Um noch mehr Gerste für die Herstellung von Graupen und die Brotstreckung freizumachen, hat der Staatssekretär des Reichsernährungsamts, Wurm, angeordnet, daß die Gerstenbelieferung der Bierbraereien wesentlich einzuschränken ist. Die Brauereien werden nur bis zu 50 % des Friedensverbrauchs an Gerste beliefert werden. Durch diese Anordnung wird die den Brauereien überwiesene Menge Gerste etwa um ein Drittel der bisherigen Belieferung gekürzt, und es ist Sorge getragen, daß die freiwerdende Menge im Betrage von ungefähr 27 500 Tonnen sofort den Graupenmühlen zugeführt wird. Eine weitere Kürzung war nicht möglich, weil die Brauer bereits beliefert waren und die Gerste vermalzt hatten.

Schweiz.

Die Bundesversammlung wählte zum schweizerischen Bundespräsidenten für 1919 Bundesrat Gustav Ador aus Genf, geboren 1845, Chef des Departements des Innern. 39 Stimmen fielen auf Bundesrat Müller aus Bern. Zum Vizepräsidenten wurde Motta ernannt. Als Bundeskanzler wurde gewählt der bisherige Vizekanzler von Steiger. Picot aus Genf wurde zum Bundesgerichtspräsidenten gewählt.

Preßfreiheit!

Der Rat der Volksbeauftragten erläßt folgende Bekanntmachung für die Preßfreiheit:

In den letzten Tagen haben sich die Eingriffe von Arbeiter- und Soldaten-Räten in die Preßfreiheit derart gehäuft, daß die Reichsregierung ihnen auf das entschiedenste entgegentreten muß.

So ist z. B. in Leipzig eine Zeitung mit Stürmung und Zerstörung bedroht worden, wenn sie einen bestimmten Bericht bringt, und an den Plakatsäulen ist zur Selbsthilfe gegen diese Zeitung aufgerufen worden. In Mülheim a. d. R. sind Druckereien stillgelegt und Platten zerschlagen worden, weil sich die Deutsche Volkspartei und die Zentrumspartei in Flugblättern gegen die Verhaftung von Mülheimer Bürgern gewandt haben. Aehnliche Vorgänge werden uns gemeldet aus andern Städten.

Die Reichsregierung verwahrt sich aufs entschiedenste gegen jede gewaltsame Beschränkung des freien Worts. Sie fordert von den A.- und S.-Räten die volle Aufrechterhaltung der Preßfreiheit, die einer ihrer ersten Programmpunkte ist. Es wird Aufgabe der Reichskonferenz und der Arbeiter- und Soldatenräte sein, zu erwägen, wie gegen lokale Organisationen vorzugehen sei, die sich solche willkürlichen Handlungen zuschulden kommen lassen.

Der Rat der Volksbeauftragten:
Ebert. Haase. Scheidemann. Landsberg. Dittmann. Barth.

Beschluß des Gesamtministeriums

vom 7. Dezember 1918.

Mit der durch die neue Regierung verfügten Aufhebung des Landtags des vormaligen Königreiches Sachsen ist auch der Landtagsausschuß zur Verwaltung der Staatsschulden aufgehoben anzusehen. Da es sich nicht bloß um eine Auflösung der Zweiten Kammer des vormaligen Landtags, sondern um eine Aufhebung des gesamten Landtags handelt und eine etwaige spätere Volksvertretung nicht als ein neu gewählter Landtag im Sinne der bisherigen Vorschriften, sondern als eine völlig neue Verfassungseinrichtung der Republik Sachsen anzusehen sein wird, ist für die Fortsetzung der Geschäfte des bisherigen Landtagsausschusses im Sinne von § 107 der Verfassungsurkunde („bis zur Eröffnung der neuen Ständeversammlung und erfolgter Wahl eines neuen Ausschusses") kein Raum. Zudem wird sich die Wahl eines solchen neuen Ausschusses schon im Interesse der Vereinfachung der Geschäftsverwaltung überhaupt erledigen, da die ihm bisher übertragenen Geschäfte und Obliegenheiten künftig unbedenklich vom Finanzministerium wahrgenommen werden können.

Diese Geschäfte und Obliegenheiten gehen deshalb mit dem heutigen Tage auf das Finanzministerium über.

Der Zusammentritt des Landtagsausschusses am 10. Dezember dieses Jahres hat zu unterbleiben. Die für diese Sitzung vorgesehene Auslosung von Staatsschuldenkassenscheinen wird das Finanzministerium vornehmen.

Buck. Fleißner. Geyer. Dr. Grodnauer. Lipinski. Schwarz.

Ausführungsverordnung zum Reichswahlgesetz.

Auf Grund des Reichswahlgesetzes vom 30. November 1918 (RGBl. S. 1345 flg.) und der Wahlordnung vom gleichen Tage (RGBl. S. 1353 flg.) sowie zu deren weiterer Ausführung wird folgendes bestimmt.

I.

Zu Wahlkommissaren werden gemäß § 8 Abs. 1 des Reichswahlgesetzes und § 11 der Wahlordnung ernannt:

für den 28. Wahlkreis (bisherige sächsische Reichstagswahlkreise 1—9) der Oberregierungsrat Dr. Heerklotz bei der Kreishauptmannschaft Dresden,

für den 29 Wahlkreis (bisherige sächsische Reichstagswahlkreise 10 bis 14) der Geheime Regierungsrat Freiherr v. Oer bei der Kreishauptmannschaft Leipzig,

für den 30. Wahlkreis (bisherige sächsische Reichstagswahlkreise 15 bis 23) der Stadtrat Dr. Härtwig in Chemnitz.

II.

Als Gemeindeobrigkeiten im Sinne von Ziffer III der Anlage B zur Wahlordnung in Verbindung mit § 10 der Wahlordnung sind zuständig

1. für die Abgrenzung der Stimmbezirke, die Ernennung der Wahlvorsteher und ihrer Stellvertreter und die Bestimmung des Wahlraumes
   a) in den Städten mit rev. Städteordnung: der Stadtrat,
   b) in den übrigen Städten: der Bürgermeister,
   c) in den Landgemeinden: die Amtshauptmannschaft.
2. für die Entscheidung über Einsprüche gegen die Wählerlisten
   a) in den Städten mit rev. Städteordnung: der Stadtrat,
   b) im übrigen: die Amtshauptmannschaft mit dem Bezirksausschuß.

III.

1. Die Abgrenzung der Stimmbezirke (§ 7 des Reichswahlgesetzes in Verbindung mit § 9 der Wahlordnung) hat durch die nach Ziffer II, 1 dieser Verordnung zuständigen Behörden unverzüglich zu geschehen; die Amtshauptmannschaften haben den Gemeindevorständen sofort zu eröffnen, in welcher Weise die Stimmbezirke auf dem platten Lande abgegrenzt sind.
2. Eine Abschrift der nach § 9 Abs. 2 der Wahlordnung erforderlichen Anzeige an den Wahlkommissar ist dem Ministerium des Innern einzureichen.

IV.

1. Die Aufstellung der Wählerlisten durch die Gemeindebehörden (§ 9 Abs. 1 des Reichswahlgesetzes in Verbindung §§ 1 und 2 der Wahlordnung) ist unverzüglich nach der Abgrenzung der Stimmbezirke in Angriff zu nehmen und dergestalt zu beschleunigen, daß die Listen spätestens bis Ende dieses Jahres fertiggestellt sind.
2. Die Aufstellung der Wählerlisten in solchen Gemeinden, zu deren Steuerfuß ein selbständiger Gutsbezirk gehört, erfolgt auch für die Bewohner des Gutsbezirks mit durch die Gemeindebehörde (vgl. § 84 der Landgemeindeordnung, § 8 der rev. Städteordnung).

Dresden, am 7. Dezember 1918.

Ministerium des Innern.

Sozialismus und Städtebau.

In der Freien Presse vom 7. d. M. ist der Vorschlag gemacht, in der Nähe der Großstädte Gärten von 500—1000 Quadratmeter für einen großen Teil der Bevölkerung — ½ bis ¼ der Mietwohner — anzulegen. Dabei sind doch wohl die Schwierigkeiten unterschätzt, die in der Verbindung von Raum und Verkehrsmitteln liegen.

Um dem Großstädter das Bebauen seines Landes zu ermöglichen, muß er es in etwa 30 Minuten erreichen können. Rechnen wir auf Straßenbahn oder Vorortbahn 20 Minuten, so bleiben etwa 10 Minuten für die beiden Fußwege von der Wohnung zur Bahn und von dieser zum Grundstück. Nehmen wir als äußerste Entfernung 1 Kilometer von der Haltestelle an, so gleichen sich die näheren Wohnungen mit den abgelegenen Grundstücken aus und umgekehrt. Eine Haltestelle der Vorortbahn würde also ein Quadrat von 2 Kilometer Seitenlänge bedienen. Von diesem seien 10 Prozent auf Wege gerechnet, dann ständen 3 600 000 Quadratmeter zur Verfügung. Bei einer Größe von 500 Quadratmeter ergäben sich rund 7000 Parzellen. Durch den Verkehr zu diesen, der während einiger Monate fast ganz aufhört, sind natürlich die Anlage- und Betriebskosten der Bahn nicht zu decken. Mit einer Fahrt von 20 Minuten Straßenbahn sind aber genügend große Gebiete bei unseren Großstädten nicht zu erreichen, sie müßten denn hart an der Grenze der Bauzone liegen. Man ist also auf Schnellbahnen angewiesen. Dann aber ist es wirtschaftlich und sozial richtiger, Ansiedlungen mit Gartenland zu bieten, als letzteres allein. Der Ansiedler hat dann nur den Weg von der Wohnung zur Arbeitsstätte und nicht außerdem noch zu seinem Landstück. Die Verkürzung der Arbeitszeit ermöglicht ihm die Bestellung, und es ist sogar eine Pflicht der Allgemeinheit, durch Entwicklung kultureller Bedürfnisse (Lesehallen, Volkshochschulen, Kunstbarbietungen), durch Schaffung von Sportgelegenheiten und durch Förderung des Gartenbaus zu verhindern, daß die fortfallenden Arbeitsstunden dem Wirtshaus zugute kommen. Auch für unsere Volkswirtschaft, die unter erdrückenden Kriegslasten leiden wird, während Verkürzung der Arbeitszeit und Wegfall von Akkordarbeit die Erträge verringern, ist es sehr wünschenswert, daß auch ein Teil der freien Zeit durch die landwirtschaftliche Arbeit produktiv und zugleich gesundheitsförderend verwendet wird.

Wir kommen da auf eine Fülle neuer Aufgaben für unsere Stadtverwaltungen, und diese sind die Stellen, die vor allem mit der Einführung eines gesunden Sozialismus beginnen können und sollen. Sie können es auch politisch zuerst, weil sie am ersten wirkliche Volksvertretungen, aus allgemeinen Wahlen hervorgegangen, haben werden. Sache der Nationalversammlung ist es, ihnen etwaige gesetzliche Hindernisse aus dem Wege zu räumen.

Die wichtigste Vorbedingung für alles Neuschaffen ist aber das Gemeineigentum am städtischen Grund und Boden, soweit er gewerblicher Ausnutzung unterliegt; auch für Einzelhäuser und Villen kann es in Form des Erbbaurechts eintreten. Als Boden unterstädtischem Einfluß ist jeder anzusehen, dessen Wert sich nicht mehr allein nach landwirtschaftlicher Nutzung bestimmt. Die erforderlichen Eingemeindungen können beschleunigt werden.

Es wird, wenn man unsere Nationalwirtschaft nicht schädigen will, nicht möglich sein, den Eigentumsübergang mit einem Federstrich durchzuführen; es wird auch schwierig sein, in der sozialistischen Stadt die Mieten freizuhalten von Fiskalismus und bei der Vergebung der Läden und Wohnungen Partei- und Vetternwirtschaft, Bestechungen auszuschalten, aber es kann erreicht werden, und dann eröffnen sich für den Bau unserer Großstädte Aussichten, die das jetzige Chaos uns später unfaßlich erscheinen lassen können.

Vieles, was dem Städtebau von heute unerreichbar ist, wird dann von selbst da sein: Die Einteilung in Geschäfts- und Wohnstraßen, in Wohn- und Industrieviertel, die Anlage und Verbreiterung nötiger Verkehrswege auch in bebauten Stadtteilen, vernünftige Einteilung der Baublocks und Grundstücke, der Bauplätze für die öffentlichen Gebäude, der Spiel- und Sportplätze, Schaffung von Parkflächen. Auch die Mittel ergeben sich von selbst, denn jede Wertsteigerung kommt ja der Allgemeinheit zugute. Was wir heute Grundrente nennen, wird immer wieder einsetzen, denn ein Laden in guter Lage wird mehr einbringen als in ungünstiger, mit der Entwicklung der Stadt werden die Gewinnmöglichkeiten oder die Annehmlichkeiten an bestimmten Stellen zunehmen. Dieser unverdiente Gewinn muß der Gesamtheit zufallen.

Wir werden auch auf manche schematische Vorschrift der Bauordnungen verzichten können. Es besteht z. B. kein Grund, warum nicht feuersicher gebaute Bureauhäuser an breiten Straßen weit höher als jetzt gebaut werden sollten. Jede Steigerung der Citybelastung in dieser Weise ermöglicht eine weiträumigere Wohnweise, ohne daß die Summe der Arbeitswege der Bewohner wächst.

Das Stadteigentum am Boden und an möglichst viel Häusern ermöglicht aber auch eine größere Freizügigkeit der Arbeiter. Man kann ihnen mit dem Wechsel der Arbeitsgelegenheit nötigenfalls Wechsel der Wohngegend gestatten. Damit fällt das Bedenken, das jetzt viele von den Arbeitersiedlungen der Industriewerke und Genossenschaften fernhält. Ja, man kann bestimmte Wohngegenden bestimmten Arbeitsstellen entsprechen lassen, so daß direkte Verkehrsverbindungen, vor allem durch Schnellbahnen, ausgenutzt werden.

Für den Städtebauer und den Stadtbewohner ergeben sich auch große künstlerische Vorteile. Der Mensch soll sich nicht nur in seiner Wohnung, sondern auch in seiner Straße, seiner Stadt heimisch fühlen. Dies Bedürfnis muß ebenso geweckt werden, wie es mit dem Sinne für gutes Wohnen nötig war. Um das zu erreichen, muß die Straße ein einheitliches Kunstwerk werden, sie muß als ganzes, als Raum gedacht sein, das Einzelhaus muß sich dem Block, der Block der Straße unterordnen. Alles das erreichen wir unter einheitlicher Leitung beim Gemeinbesitz des Baulandes. Jetzt haben wir den widersinnigen Zustand, daß die neuen öffentlichen Gebäude sich durch Ruhe und Einfachheit vor den überladenen Fassaden der Privathäuser auszeichnen, während sie umgekehrt bei reichlich oder sparsam benutzter Ornamentik aus der Reihe der Mietshäuser durch ihren Schmuck hervortreten sollten. Es sind unter 100 Häusern — auch die besten modernen eingerechnet — kaum eins, bei dem nicht weniger mehr wäre, bei dem man nicht streichen, vereinfachen möchte, wie ich vor Jahren einmal in der Wohnung meiner Eltern von den Möbeln alle ausgezapften oder aufgeleimten Kugeln, Pyramiden, Muscheln, Giebel usw. abnahm und damit eine erstaunliche Verbesserung erreichte.

Die Großstadt der Zukunft wird, wie oben angedeutet, eine Menge Bedürfnisse erzeugen, die zu befriedigen sind. In jedem Stadtteil sollen nicht nur, wie jetzt, Kirchen und Schulen stehen, sondern auch Lesehallen, Volkshochschulen, Versammlungsbauten, Badeanstalten, Krankenhäuser, Krieger- und Invalidenheime, Kinderhorte, offene und gedeckte Sportanstalten. Diese Bauten geben reichliche Mittel für den Städtebau, um die schönsten Platzgruppierungen zu schaffen. Während die Städte des Mittelalters und Barock oft um ein oder zwei öffentliche Gebäude drei Plätze verschiedensten Charakters schufen, finden wir bei uns diese Edelsteine der Städte wahllos ausgestreut, so daß in einer Zeit, die mehr öffentliche Bauten schuf, als irgendeine vor ihr, die Städte an Raumschönheit nicht gewonnen haben.

Noch ein neues Bedürfnis hat uns die Demokratie gebracht: nach offenen Versammlungsräumen für große Massen. Dazu können wir Plätze schaffen, die der Verkehr nicht berührt, an denen die erwähnten öffentlichen Gebäude liegen, mit Säulengängen, Terrassen, Balkonen, von denen die Redner sprechen können.

So entsteht ein großes Programm und wir werden vieles erst in Jahrzehnten vollendet finden, wenn die Kriegslasten leichter geworden sind, aber es gilt sofort mit der Arbeit beginnen, immer das einsige Bild vor Augen, damit nicht wieder auf Schritt und Tritt unsere Städte uns ein „zu spät" zurufen. Es gilt, jede Wertsteigerung die der Allgemeinheit gebührt, lieber heute als morgen ihr vorbehalten.

Dr.-Ing. Kurt Ehrenberg.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Otto Pollender; für den Inseratenteil: Emil Hallupp; Druck und Verlag: Freie Presse G. m. b. H., sämtlich in Leipzig.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519181212-15/fragment/page=0003

Bekanntmachung.

Die Ferien an den **hiesigen städtischen höheren Schulen** (Stadtgymnasium, Oberrealschule, Reformrealgymnasium sowie Lyzeum nebst Studienanstalt), **Mittel- und Volksschulen** sind durch den Herrn Oberpräsidenten der Provinz Sachsen auf Grund des Erlasses des Herrn Unterrichtsministers vom 6. November 1913, U. III A, 1603 I U. II pp. für das Schuljahr 1919/20 in folgender Weise festgesetzt worden:

Bezeichnung der Ferien	Dauer	Schluß des Unterrichts	Wiederbeginn des Unterrichts
Osterferien 1919	16 Tage	Sonnabend, 12. April	Dienstag, 29. April
Pfingstferien 1919	6 „	Freitag, 6. Juni	Freitag, 13. Juni
Sommerferien 1919	31 „	Freitag, 11. Juli	Dienstag, 12. August
Herbstferien 1919	11 „	Donnerstag, 2. Oktober	Dienstag, 14. Oktober
Weihnachtsferien 1919/20	16 „	Sonnabend, 20. Dez. 1919	Dienstag, 6. Januar 1920
	80 Tage		

Schluß des Schuljahres 1919/20: Sonnabend, den 27. März 1920.

Halle, den 5. Dezember 1918. **Der Magistrat.**

Bekanntmachung.

1. Es ist wiederholt vorgekommen, daß bei den öffentlichen Versteigerungen Pferdehändler versucht haben, sich dadurch Zugang zu verschaffen, daß sie angaben, von anderen Personen (Landwirten) beauftragt zu sein, Pferde zu kaufen. Dieses Verfahren ist unstatthaft. **Es wird daher bestimmt, daß jeder, der Pferde im Versteigerungswege kaufen will, persönlich zu den Versteigerungen zu erscheinen hat und sich mit einem amtlichen Ausweis als Selbstkäufer bei der Versteigerung ausweisen muß. Im Behinderungsfalle, z. B. Krankheit, kann Vertretung durch Beamte, Geschäftsführer oder nächste Verwandte, welche ihrerseits sich ebenfalls durch einen amtlichen Ausweis legitimieren müssen, erfolgen, aber niemals durch Händler. Den Händlern ist nicht nur der Kauf, sondern auch der Zutritt zu den Versteigerungen untersagt.**

2. **Da in nächster Zeit an fast sämtlichen Garnison-Orten des Korpsbezirks Pferdeversteigerungen stattfinden, werden die Pferdegebraucher darauf hingewiesen, sich rechtzeitig mit den genügenden Barmitteln zu versehen.**

Magdeburg, den 6. Dezember 1918. [1810

Von seiten des Generalkommandos. — **Der Exekutivausschuß des IV. A.-K.**
Der Chef des Generalstabes.
von dem Hagen, Oberstleutnant. — Herrfurth.

Bekanntmachung.

Abholung der Winterkartoffeln von einer städtischen Ausgabestelle.

Am Freitag, dem 13. Dezember, wird in der **städtischen Kartoffelausgabestelle Brandt & Loeloff, Franckestraße 19** mit der **Abgabe der Kartoffeln an diejenigen Haushaltungen begonnen, welche ihren Wintervorrat** auf Grund der erteilten Bezugsscheine **selbst von einer städtischen Ausgabestelle abholen wollen.** Die Abgabe erfolgt vormittags von 8—1 Uhr. **Es werden zur Abholung an diesem Tage nur diejenigen Haushaltungen zugelassen,** deren Bezugsscheine mit den **Nummern** (mit roter Tinte ausgefüllt) **1—116** versehen sind. **Die Bezugsscheine sind hierbei abzugeben.**

Halle, den 12. Dezember 1918. **Der Magistrat.**

Letzte Lokal- und Provinznachrichten.

Halle, 12. Dezember 1918.

Kongreß der A.- und S.-Räte.

Wegen der Verkehrsschwierigkeiten werden die Teilnehmer ersucht, rechtzeitig abzureisen.

Städtischer Nahrungsmittelverkauf.

Frische Aepfel. Freitag, vormittags 8—12 Uhr: auf Lebensmittelscheine Nr. 62001—64000, nachmittags von 1—4 Uhr: Nr. 64001—65500 in der Leipziger Straße 5, vormittags von 8—12 Uhr: Nr. 65501—67500, nachmittags 1—4 Uhr: Nr. 67501—70000 in der Königstraße 5, vormittags von 8—12 Uhr: Nr. 70001—71800, nachmittags von 1—4 Uhr: Nr. 71801—74000 in der Martinstraße 11. Der Abschnitt 248 des Warenbezugsscheins 18 ist abzugeben. Jede Person 1/2 Pfd. Pfundpreis 1.30 Mark.

Eier. Freitag, vormittags von 8—12 Uhr: Nr. 42001—43500, nachmittags von 2—6 Uhr: Nr. 43501—46000 der Lebensmittelscheine in der Talamtschule. Jede Person ein Ei für 42 Pf. Die Eier sind nicht zum Kochen in der Schale. Umtausch innerhalb drei Tagen.

Käse. Freitag, vormittags von 8—12 Uhr: Nr. 29201—31000, nachmittags von 2—6 Uhr: Nr. 31001—32000. Jede Person 55 g für 20 Pf. in der Talamtschule.

Bekanntmachung.

An den beiden Sonntagen vor Weihnachten, 15. und 22. dieses Monats, dürfen die Geschäfte von 11 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags zum Verkauf geöffnet bleiben.

Halle, den 11. Dezember 1918. **Der Magistrat.**

Achtung! **Achtung!**

Merseburg!

Oeffentliche

Volksversammlung

Freitag, den 13. Dez. 1918, abends 7 1/2 Uhr im Restaurant zur Funkenburg.

Tagesordnung:

1. **Deutschlands Zukunft.** Redner: Schriftleiter Gen. Dübel, Zeitz.
2. Freie Aussprache.

Um recht zahlreiches Erscheinen aller Einwohner Merseburgs wird gebeten. Keiner darf fehlen.

Arbeiter- und Soldatenrat.
1811] I. A.: A. Thieme.

Aus dem Felde zurückgekehrt, führe ich

Stimmungen

und Reparaturen von Pianos und Flügeln wieder selbst aus. Bestellungen erbittet

Herm. Lüders [1751
Mittelstraße 9—10
Aelteste Pianohandlung am Platze

Redakteur

für Lokales und Provinz zum sofortigen Antritt für die **Hallische Volksstimme gesucht.** Bewerbungen sind zu richten an

Hermann Garbe, Halle, Harz 42/44.

Mehrere Genossen

zur **Leitung der Wahl** für die **Nationalversammlung,** für einige Kreise im Regierungsbezirk Merseburg gesucht. Die Genossen müssen bis zum Schlusse der Wahl völlig zur Verfügung stehen. Rednerische Fähigkeiten erwünscht, aber nicht Bedingung. Meldungen bis zum 25. Dezember beim Unterzeichneten.

Sozialdemokrat. Bezirkssekretariat Halle a. S.
R. Drescher, Harz 42—44.

Wahlleiter gesucht.

Parteigenosse mit **längerer Tätigkeit in der Arbeiterbewegung** wird für **Halle** und den **Saalkreis** als **Leiter der Wahl für die Nationalversammlung gesucht.** Rednerische Befähigung erwünscht. Antritt sofort. Dauernde Stellung als Parteisekretär in Aussicht. Bewerbungen mit Angabe der Gehaltsforderung bis 15. Dezember zu richten an den

Sozialdemokratischen Verein für Halle und den Saalkreis.
Ad. Thiele, Bernhardystraße 68.

Zimmerer, Schlosser, Schmiede u. sonst. Arbeiter

finden dauernde Beschäftigung.

Grube Pauline
in Dörstewitz.

Arbeiter, abonniert auf die Volksstimme!

Wahlpost der Frauen.

Was will die Frauenpost?

Sie will mitarbeiten, damit zum Wohle des Vaterlandes die Frau ihr Wahlrecht auch ausübe. Vorurteile, die aus Gewohnheit oder Irrtum entstehen, sollen zerstreut, die Freude der Ausübung gepflegt und die Pflicht zur Wahl gestählt werden.

Mit dem Fortschreiten der Wahlbewegung sollen Losungsworte von Frauen veröffentlicht, Auszüge aus ihren Reden wiedergegeben werden.

Kurz!

In wenigen Sätzen!

Auch die Frau ist mit Arbeit überlastet.

Frauen! Lernt wählen!

Wahlpost-Serie I. Karte 1.

Erdarbeiter

für Abraumbetrieb

finden dauernde Beschäftigung.

Elektrowerk A.-G.

Grube Golpa. Post Zschornewitz, Bezirk Halle.

Bahnstation Burgkemnitz.

Möbel auf Teilzahlung.

Empfehle mein großes Lager in 3 Etagen in ganzen Wohnungs-Einrichtungen, sowie einzeln. Möbeln, besonders schöne Schlafzimmer, Bettstellen m. Matratz., Sofas, Kleiderschränke Vertikos, Küchenmöbel aller Art.

Kredit auch nach auswärts.

N. Fuchs, Möbel-Ausstattungs-Geschäft, [1270

Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 58, I., II., III. Etage.

Ich bin aus dem Felde heimgekehrt und werde **vom 16. Dezember ab** wieder in meinem

Bureau, Große Steinstraße 76 I

Sprechstunde

abhalten. [1815

Rechtsanwalt Bennewiz.

Große Ulrichstr. 50

I. Obergeschoß. [1800

Ausstellung von Möbeln für Küchen, Schlafzimmer und Wohnräume.

Besichtigung und Annahme von Kaufanträgen daselbst täglich von 9 bis 3 Uhr

Hallesche Fürsorgestelle für Wohnungseinrichtungen G. m. b. H.

Die deutsche Revolution

Des Volkes Sieg und Zukunft

von

Erich Kuttner

Redakteur des Vorwärts

Preis 25 Pf.

Vorrätig in der Buchhandlung der Volksstimme

Tüchtige

Polierer

zum Aufarbeiten alter Pianos, stunden- od. tageweise, auch abends oder Sonntags **sofort gesucht.** [1814

Herm. Lüders,
Mittelstraße 9/10.

Privatschule

für Malen u. gewerbl. Zeichnen für Damen u. Herren. [1808

Ausbildung für technischen Bureaudienst.
Nächster Kursus beginnt am 8. Januar 1919.
Anmeldungen täglich Steinweg 17, III.

Fast neue echte

Möbel aller Art

Küchen, Schlafzimmer-Einrichtungen, Nußb.-Schränke, Vertikos, Sofas, Matratzen (große Auswahl) empfiehlt

R. Sachse, Hohenmölsen, Lützener Str. 7.

Stadt-Theater

Freitag, 13. Dezember
Anfang 7,30 Uhr. Ende 9,45 Uhr

Familie Schiemek.
Schwank von Kadelburg.

Sonnabend nachm.: **Schneewittchen,** abends: **Die versunkene Glocke.**

Thalia-Theater

Gastspiel des Stadttheater-Personals

Sonntag, 15. Dezember
abends 7 1/2 Uhr

Großstadtluft.
Lustspiel von Blumenthal und Kadelburg.

Stadtbad.

Haut- und Haarpflege-Räume, „Fara“-Haarkuren erfolgreich, Kopfwäsche, „Fara“-Massagen, Haarentfettungskur, Kräuter-Behandlung. Gesichts-Kräuter-Dampfbäder, unsichtbare Hautschälkur gibt Jugendfrische, behebt Erschlaffungen, Beseitigung von Mitessern, Gries, fetth., großporig., spröd. Haut, Sommersprossen, Gesichts-, Nasenröte, Leberfleck., Warzen, Damenbärte schmerz- u. narbenl., Hand- u. Fußpflege. — Tel. 843. [1674

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519181212-15/fragment/page=0004
DFG

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 288. Halle, Donnerstag den 12. Dezember 1918. 2. Jahrgang.

Halle und Saalkreis.

Halle, 12. Dezember 1918.

Giftmischerei.

Das hiesige Volksblatt brachte in seiner Nr. 287 einen Artikel mit der Ueberschrift „Giftmischerei", in dem es sich über die Hetze gegen den Bolschewismus aufregt. Darin befinden sich auch diese Sätze, die sich gegen die „Regierungssozialisten" richten.

„Die antibolschewistische Beschwörungsformel dieser Auch-sozialisten ließe sich entschuldigen, wenn in Deutschland ernsthaft eine „bolschewistische Gefahr" bestehen würde. Da aber davon gar nicht die Rede sein kann, so leuchtet dieses traurige antibolschewistische Bekenntnis nur um so schärfer und tiefer in das eigentliche Wesen der Mehrheitssozialisten."

Das Volksblatt sieht eben den Wald vor all den vielen Bäumen nicht. Wir erinnern daran, daß sein Redakteur Könen in der Versammlung der Angestellten im Volkspark sagte: „Jetzt haben wir die Macht (zur Einführung weitgehender Verstaatlichungen und des Sozialismus), die müssen wir gebrauchen, ehe es zu spät ist. (Das heißt: Bevor die Nationalversammlung zusammentritt.) Und in der ersten Sitzung des neugewählten Arbeiterrates am Montag, dem 9. Dezember sagte Reichstagsabgeordnete Albrecht: „Wenn die Nationalversammlung eine Verfassung beschließt, die uns (d. h. den Unabhängigen) nicht gefällt, dann bleiben die Arbeiter- und Soldatenräte eben weiter bestehen, dann geht der Kampf weiter."

Nette Aussichten! So sagte mir mein Nebenmann in der Versammlung ins Ohr! Nun möchten wir das Volksblatt fragen: Wodurch unterscheidet sich der Bolschewismus von diesen Auffassungen? Die Zitate zeigen auch, daß man nicht auf dem Wege der Demokratie zum Sozialismus kommen will, sondern dem der Gewalt.

Den Zitaten kann man nur die Worte entgegen halten, die dieser Tage Karl Kautsky in der Freiheit niederschrieb. Diese doch auch von den Unabhängen anerkannte „Autorität" meinte:

„Am Tage nach einer Revolution der Arbeiter, die mit einem Ruck zwei Dutzend Regierungen umwirft in einem Lande, in dem das Proletariat die Mehrheit der Bevölkerung bildet, verzweifelt eine sozialistische Partei daran, die Massen zu gewinnen und die Mehrheit für die Nationalversammlung zu erobern. Sie verzweifelt daran, sich im Kampf der Geister in einer Arena zu behaupten, zu der alle Parteien und Klassen zugelassen werden.

Ein größeres Armutszeugnis kann jene Partei sich selbst nicht ausstellen. Wir haben ein besseres Zutrauen zu unserer Sache, die Masse des Volkes steht zur Zeit auf der Seite des Sozialismus. Sie hat alles Zutrauen zu den Parteien verloren, die bisher regierten. Von uns erwartet sie die Rettung, die ökonomische Rettung. Das ökonomische Interesse wird die ganzen kommenden Monate, ja viele Jahre beherrschen. Und darum verlangen die Massen nach einem aufbauenden Sozialismus, nicht nach Verewigung der Unruhe, nicht nach Verlängerung des Krieges durch Bürgerkrieg.

Von unserer Haltung hängt alles ab. Die Nationalversammlung ist auf dem Marsch und nichts vermag sie aufzuhalten. Die Sozialisten, die sich ihr entgegenstellen, können nur eines erreichen: die Verkleinerung der sozialistischen Mehrheit in ihr. Die Schuld dieser Sozialisten wäre es, wenn die Nationalversammlung gar eine gegenrevolutionäre Mehrheit aufwiese.

Gerade weil diese Möglichkeit nicht ausgeschlossen ist, müssen wir um so dringender fordern, daß an Stelle des Kampfes gegen die Nationalversammlung der Kampf um sie mit voller Kraft aufgenommen wird."

Das Volksblatt wird sich aber auch hierdurch nicht belehren lassen. Es wird wieder gegen die „Regierungssozialisten" schimpfen, wobei auch einmal festgestellt werden muß, daß sie die Unabhängigen als „Regierungssozialisten" auch schon ganz gut eingerichtet haben, denn sie sind doch in den „Regierungen" mindestens genau so zahlreich vertreten wie die Mehrheitssozialisten.

•

Eine öffentliche Angestelltenversammlung

fand am Montag, dem 9. Dezember in der Kaiser-Wilhelms-Halle statt. Der Besuch war ein so zahlreicher, daß nicht alle Ankommenden untergebracht werden konnten. Zunächst hielt Arbeitersekretär Kleeis einen Vortrag über „Die neue Zeit und die Angestellten." Redner schilderte zunächst Ursachen und Verlauf der Revolution. Man habe gesagt, die Angestellten bildeten einen neuen Mittelstand. Jedenfalls sei, er im wirtschaftlichen Leben ohne Bedeutung geblieben. Aus der Umwälzung der öffentlichen Einrichtungen müsse auch der einzelne seine Lehren ziehen. Die öffentlichen und privaten Angestellten haben nicht mehr nötig, so bescheiden und schüchtern zu sein wie seither. Man habe ihnen immer vorgeredet, sie seien etwas besseres wie die Arbeiter. Wenn es den Unternehmern gut gehe, sei es auch für sie besser. In Wirklichkeit seien aber die Interessen der Unternehmer ganz andere wie die der Angestellten. Letztere gehörten in wirtschaftlicher Hinsicht an die Seite der Arbeiter. Nach der Statistik der Angestelltenversicherung hatten im Jahre 1915 von den männlichen Versicherten 63 v. H. einen Jahresgehalt nur bis zu 2000 M. Von den weiblichen waren es nur 97 v. H. Das Durchschnittsgehalt eines männlichen Angestellten betrug im Jahre 1915 rund 1870 M., das eines weiblichen 955 M. Nach der Statistik der Kleinhandels-Berufsgenossenschaft stieg das Durchschnittsgehalt eines Versicherten von 952 M. im Jahre 1913 auf 1053 M. im Jahre 1917. Das seien doch ganz traurige Einkommensverhältnisse. Wenn die Angestellten überall — auch durch die Gesetzgebung — vernachlässigt worden seien, so komme das daher, daß die Angestellten noch nicht den Weg zur Organisation gefunden haben. In politischer Hinsicht müßten sie sich der Sozialdemokratie, in wirtschaftlicher einer freien Gewerkschaft anschließen. Den Harmanieverbänden müsse der Rücken gekehrt werden. Auch die Frauenfrage könne nur auf dem Wege der Organisation dadurch gelöst werden, daß die weiblichen Angestellten einer Gewerkschaft beitreten, die gleiche Gehälter wie für die Männer erkämpft.

Die Aussprache war außerordentlich lebhaft und interessant. Zunächst ergänzte Ingenieur Geiser den Vortrag sehr ausführlich. Die Angestellten gehörten an die Seite der Arbeiter. Sie müssen sich aber auch der sozialistischen Weltanschauung anschließen. Die Revolution, an deren Anfang wir erst stehen, müsse die Macht des Kapitalismus brechen. Im weiteren erörtert Redner die Forderungen der Privatangestellten wie Angestelltenausschüsse, Erhöhung der Gehälter, Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer in ihre alten Stellungen usw. — Der nächste Redner Dr. Schwilling wurde schon mit Erregung empfangen. Tatsächlich äußerte er sich wiederum recht sehr widerspruchsvoll. So sagte er, er stünde auf demselben Parteistandpunkt wie Kleeis, doch könne er nicht billigen, den Beitritt zur Sozialdemokratie zu empfehlen. Auch seine Meinung über die Frauenfrage war sehr rückständig. Es war deshalb verständlich, daß sich der Unwillen der Versammlung recht oft Luft machte. Es sprachen noch Fräulein Mielius, die für den Verband kaufmännischer weiblicher Angestellter Propaganda machte und ein Herr Kudecke, der eine recht merkwürdige Resolution einbrachte. Sie wurde aber abgelehnt, dafür wurde eine andere gegen wenig Stimmen angenommen, nach der die Anwesenden sich auf den Boden des Sozialismus stellen und versprechen, Schulter an Schulter mit den Arbeitern zu kämpfen. Zum Schluß gab es noch einen Zusammenstoß mit Herrn Schwilling. Sonst verlief die Versammlung sehr imposant.

---

* **Kreditfürsorge und Beratung für zurückkehrende Kriegsteilnehmer des Mittelstandes.** Die schon im Jahre 1917 errichtete **Kriegshilfskasse der Provinz Sachsen,** deren Verwaltung für den Stadtkreis Halle der Magistrat führt, gewährt zu 4 Prozent verzinsliche und möglichst schnell zu tilgende Darlehen an Kriegsteilnehmer oder deren Angehörige (Ehefrau, Witwe, beiderseitige Verwandte in auf- und absteigender Linie) aus dem selbständigen Mittelstande zum Zwecke der Erhaltung oder Wiederherstellung ihrer wirtschaftlichen Selbständigkeit. Zum Mittelstand gehören Personen, welche ihren Lebensunterhalt ausschließlich oder hauptsächlich durch den Betrieb eines Gewerbes oder eines Landwirtschaftszweiges oder durch Ausübung eines freien Berufes (Landmesser, Bücherrevisor, Künstler usw.) erwerben, und **ein Jahreseinkommen** in der Regel **von weniger als 4000 M.** erzielen. Die Darlehen sollen **in der Regel 2000 M. nicht übersteigen** und ihre Rückzahlung möglichst sichergestellt werden, gegebenenfalls auch durch Eintragung und Verpfändung einer Lebensversicherung bei der Provinzial-Lebensversicherungs-Anstalt Sachsen.

Die Kasse soll freilich erst dann eintreten, **wenn alle sonst geeigneten Hilfs- und Kreditmittel, insbesondere genossenschaftlicher Kredit, erschöpft sind,** oder nach Lage der einschlägigen Verhältnisse nicht in Betracht gezogen werden können. Zu diesen Kreditmitteln gehören in Halle u. a.

die Hallesche Kriegskreditbank, A. G., Francke-Straße 5, für Angehörige des Handels und der Industrie und

die Gewerbebank, Martinsberg 2, für das Kleingewerbe,

ferner die Hausbesitzerbank, Barfüßerstraße 15, das Bürgerrettungs-Institut, Schmeerstraße 1, die Assessor Karl Müllersche Stiftung, Kl. Steinstraße 8I, usw. Während die beiden erstgenannten Banken sich auf Wechselkredit beschränken, gewährt die Kriegshilfskasse bare Darlehen auch gegen andere Sicherstellung, ausnahmsweise auch ohne besondere Sicherheit.

Die Prüfung und Entscheidung über die aus dem Stadtkreis Halle gestellten Darlehnsanträge an die Kriegshilfskasse der Provinz Sachsen erfolgt durch eine städtische Deputation, welcher außer 2 Magistratsmitgliedern nachfolgende Herren angehören:

Stadtverordneter Karl Kühme, Gr. Märkerstraße 22,
und Rentner Gustav Günter, Staudestraße 6II,
ferner die Herren
Rentner Rudolf Pfaffe, Mühlweg 37 (vorgeschlagen von der hiesigen Handelskammer, Francke-Straße 5),
Dekorationsmaler Robert Biesecker, Kl. Ulrich-Str. 17 (vorgeschlagen von der Handwerkskammer für den Regierungsbezirk Merseburg, Barfüßerstraße 6),
Rentner Titus Tegetmeyer, Ludwig-Wucherer-Str. 49 (vorgeschlagen vom Vorstand des hiesigen Bürgerrettungs-Instituts, Schmeerstr. 1, bei Bürstenmachermeister Jaculi),
Sattlermeister August Hoffschmidt, Dryanderstr. 30 (vorgeschlagen von der Gewerbebank, Martinsberg 2),
Kaufmann Friedrich Erstmann, i. Fa. W. F. Wollmer, Gr. Ulrich-Str. 6—8 (vorgeschlagen vom Vorstand des Rabattsparvereins Halle, E. V.).

Die vorstehend aufgeführten 5 Berufsvertretungen und Vereine, nämlich die **Handelskammer,** die **Handwerkskammer** für den Regierungsbezirk Merseburg, das **Bürgerrettungs-Institut,** die **Gewerbebank** und der **Rabattsparverein Halle,** haben sich auf Wunsch des Magistrats bereiterklärt, die Aufgaben von **Beratungsstellen** für die aus dem Felde zurückkehrenden Kriegsteilnehmer und deren Angehörige aus dem selbständigen Mittelstande, insbesondere auch die Verhandlungen mit Gläubigern und Schuldnern, Vermittelung von Arbeit u. dgl., und endlich auch die Vorbereitung und Begutachtung von Darlehnsanträgen zu übernehmen.

Anträge auf Bewilligung von Darlehen können mündlich oder schriftlich außer bei obigen Deputationsmitgliedern selbst bei **den 5 Beratungsstellen** und auch **im Bureau, für Stiftungssachen, Sparkassengebäude, Kl. Steinstr. 8I, Zimmer 22, gestellt werden.** Die Einkommensteuerveranlagung für 1914 ist den Darlehnsanträgen beizufügen oder mit zur Stelle zu bringen

* **Die Kartenblätter zur Herstellung der Wählerlisten** werden zur Zeit verteilt. Es wird aufmerksam gemacht, daß sie nur für Neu-Wahlberechtigte auszufüllen sind, d. h. für alle Frauen über 19 Jahre, für Männer vom 19. bis 24. Lebensjahr, und zwar für jede Person ein besonderes Blatt. Sind einem Haushalt nicht genügend Kartenblätter überbracht worden, so können die fehlenden Karten in den Polizeirevieren behoben werden.

* **Weihnachtsfeier** des Vereins für das Deutschtum im Ausland. Der Verein beabsichtigt für die aus dem Ausland vertriebenen Reichsdeutschen, welche sich daran zu beteiligen wünschen, Name, Wohnung und jenigen, welche sich daran zu beteiligen wünschen, Name, Wohnung und Zahl der Familienangehörigen, besonders der Kinder, in der Kunsthandlung von Tausch u. Grabe, Gr. Ulrichstraße 38, bis spätestens Sonnabend, den 14. Dezember, anzugeben.

* **Weihnachtsbescherungen.** Die Armenverwaltung ersucht uns, auch in diesem Jahre mitzuteilen, daß die von einer Anzahl Vereinen und Korporationen eingereichten Listen der von ihnen zum Weihnachtsfest zu beschenkenden Personen in der Auskunftstelle, Kleine Steinstraße 8I, Zimmer Nr. 10, vom 13. d. M. an vormittags von 8 bis 1 Uhr zur Einsicht für die Vereine und Geschenkgeber ausliegen.

* **Stubenbrand.** Zur Beseitigung eines Stubenbrandes, hervorgerufen durch Ueberhitzen eines Ofens, wurde die Feuerwehr gestern nach einer Wohnung in der Krausenstraße gerufen. Die Wehr konnte nach kurzer Tätigkeit wieder abrücken.

* **Brotdiebe.** Zwei junge Burschen drangen in einen in der Bernhardstraße befindlichen Bäckerladen, entwendeten je zwei Brote und flüchteten. Einer der Täter, ein beurlaubter Soldat der jüngsten Jahresklasse, konnte ergriffen und eingeliefert werden.

* **Zusammenstoß.** An der Ecke der Geiststraße und Albrechtstraße stieß ein Straßenbahnwagen mit einem Militärlastkraftfahrzeug zusammen, wodurch bei dem Straßenbahnwagen Kurzschluß entstand. Sonstiger Schaden wurde nicht angerichtet.

Theater, Sehenswürdigkeiten usw.

Stadttheater. Heute Donnerstag — Anfang 7 Uhr — „Lohengrin". Freitag „Familie Schimmel". Sonnabend nachmittag „Schneewittchen", Sonnabend abend „Die versunkene Glocke", Oper von Zöllner. Sonntag nachmittag 3½ Uhr Volksvorstellung bei ganz kleinen Preisen „Faust" 1. Teil (vom Prolog bis einschl. Hexenküche), abends 7½ Uhr zum erstenmal in dieser Spielzeit „Die weiße Dame", komische Oper von Boieldieu, Dichtung von Scribe, Spielleitung: Leopold Sachse, musikalische Leitung: Karl Nöhren. In den Hauptpartien sind beschäftigt die Damen Frieda Schmidt, Anna Enghardt, Henriette Böhmer, die Herren Cornelius Barck, Adolf Harlacher, Hans Baron, Kurt Schreiber.

Uraufführung im Stadttheater. Leopold Sachse hat soeben das neueste Werk von Wildgans „Dies irae" zur reichsdeutschen Uraufführung, die gleichzeitig mit der Uraufführung am Wiener Burgtheater stattfinden soll, erworben.

Ende gut, alles gut.

9] Erzählung aus dem Ries von Melchior Meyr.

Einige Tage ging unser Bursche melancholisch umher, und wenn ihn beim Zurückdenken an seine Niederlagen ein Zorn anwandelte, so ließ er ihn an irgend einer Arbeit aus. Er bot denen, die seiner wahrnahmen, ein neues und eigentümliches Bild. Schweigend hatte man ihn oft gesehen; jetzt sah man ihn „sinnierend" und vernahm hier und da grimmige Ausrufungen, wozu man keinen Grund wußte. Fragte man ihn danach, so war die Antwort, sofern eine erfolgte, keine höfliche. Man wußte nicht, was man aus ihm machen sollte. Den Zustand seines Herzens ahnte niemand im ganzen Dorf. Die einzige Person, die außer ihm davon Kenntnis hatte, schwieg nicht nur selber — sie hatte auch jener Kamerädin ihre Vermutung wieder auszureden gewußt und ihr das Versprechen abgenommen, sie mit dem Michel nicht ins Geschrei zu bringen. Es gibt Mädchen, die das Genie der Verschwiegenheit haben, das heißt die ohne besondern Vorsatz und mit Lust verschwiegen sind und sich an dem Geheimnis weiden. Die Gret war heiter und hoffte mit Zuversicht, ihre Wünsche gekrönt zu sehen — sie brauchte nicht zu schwätzen.

Michel war es nicht; er war unmutig und verzweifelte am Erfolg — er spürte einen Trieb zu reden und konnte endlich einer Gelegenheit, sein Herz zu entlasten, nicht widerstehen.

Unser Enaksohn hatte einen Kameraden, der ihm unter allen Burschen, die zu ihm hielten, der liebste war. Kaspar, der Sohn eines Webers, hing mit aufrichtiger Teilnahme an Michel und wußte sich auch am besten in seine Manieren zu fügen. Obschon drei Jahre jünger, hatte er in bezug auf das weibliche Geschlecht eine hinreichende Summe von Erfahrungen — er wußte, wie man sie behandeln mußte, und galt darum auch „seinen Batzen" bei ihnen. Mittelgroß, „rahneng"/von angenehmer Gesichtsbildung hieß er bei ihnen nur „a nett's Bürschtle" und „a lustengs Männdle", dem man gut sein müsse. Trotz der Gunst, die er bei den Spenderinnen der Lebensfreude erfuhr, hatte er doch nicht mehr Selbstgefälligkeit, als allenfalls natürlich war; er genoß das Lob eines fleißigen Menschen und wußte sich unter den Mannsbildern ebenso den Ruf eines guten Kameraden zu bewahren. — Dieser Bursche, zum Vertrauten wie geschaffen, wußte durch eine wohlgemeinte und geschickte Frage dem Michel sein Geheimnis zu entreißen. Allein mit ihm, sah er den Dinge vor sich hinstarrenden teilnehmend an und sagte dann: „Michel, di drückt ebbes!" Wannd' mer's net gesweigand hatte, will e de net weiter froga'. Wann's aber ebbes ist, wo i d'r vielleicht helfa' ka', so red! — Du woeischt, wie e's moe (ich's meine)."

Diese treuherzig gesprochenen Worte machten des Leidenden Herz weich und folglich geneigt zur Mitteilung. „Ach," erwiderte der Verliebte nach kurzem Schweigen mit einem riesenmäßigen Seufzer, „mi drückt freile ebbes!" — „Was isch?" fragte Kaspar. „Sag's, wann e's (ich es) wissa' dörf!" — „Am End," erwiderte Michel, „bist du grad der Recht', der mer'n Rot (Rat) geba' könnt! — No mei'dawega' (meinetwegen), i will der's saga'!" — Er schwieg. — „Rossa' (nun so dann)," mahnte Kaspar. — „Z'erst muesz e der saga'," erwiderte Michel mit tiefem Ernst, „daß koe Mensch ebbes davo'n enna' weara' (inne werden) dörf!" — „Gang weiter! Ben i a Schwätzer?" — Die Möglichkeit, daß Kaspar es doch unter die Leute bringen könnte, hatte aber den Michel schon aufgeregt. „Kerl," rief er, eine Faust machend, „wann d'ebbes saft — 's got d'r schlecht!" Der andere kannte seinen Mann; er zuckte die Achsel und erwiderte: „Du bist net g'scheit!" — „Guet," versetzte Michel. „Jetz woesch (weißt du's) — und ietz will i der's saga'!" — Wieder eine Pause. „I höar," erwiderte der andere, indem seine Mienen sich ahnend erhellten. — „No," begann endlich Michel mit neuer Anstrengung, „doh (da) die Great — d's Maurers seine moen' e" — Kaspar sah den wiederholt Innehaltenden mit gutmütig schlauem Lächeln an und rief, ihn ganz durchschauend: „Fehlt's d'r doh?" — „Ja Bruder," ging's endlich aus Michel heraus, „doh fehlt's m'r! Des Mädle g'fällt m'r, die muesz e haba — — und Kreuzdonner ond's Wetter: i woeß net, wie e's a'fanga' soll!" —

Kaspar unterdrückte das Lachen, das ihn bei diesem Bekenntnis anwandelte, und forderte ihn auf, ihm zu sagen, wie's eigentlich stehe. Michel, einmal im Zuge, erzählte alles, und zwar mit einer Naivetät, bei welcher der Erfahrene, wenn er nicht lachte, doch wenigstens zu „schmöbzeln" (schmunzeln) nicht umhin konnte.

Bekanntlich hat der Mensch nicht leicht eine angenehmere Empfindung, als wenn er an einem andern, der ihm bisher Respekt abgenötigt hat, plötzlich eine Schwachheit entdeckt. Es gibt deren, die eine solche Wahrnehmung geradezu beseitigen kann und die das so erlangte Wohlgefühl zu den höchsten Genüssen zählen, womit der Himmel die armen Sterblichen begnadet hat. Sogar Freunde, will man wissen, sollen in diesem Fall erheitert werden und aussehen, als ob ihnen ein Glück widerfahren wäre! Und ihr Benehmen gegen den Träger dieser Schwachheit soll nach der Entdeckung ein vielfach anderes sein als vorher! — Wir lassen diese Behauptung in ihrer Allgemeinheit auf sich beruhen, müssen aber der Wahrheit gemäß bekennen, daß unser wackerer Kaspar bei der Erzählung seines Kameraden eine ziemlich lebhafte Genugtuung empfand und in seinem Gesicht einen Ausdruck heiterer Ueberlegenheit zeigte, den er vorher nie gegen ihn hatte blicken lassen.

„Des isch, was me drückt," schloß Michel seinen Bericht. „Schlechter, des wurscht selber saga', hätt's net ganga' könna', und alles ist verspielt. I ben eba' zom O'glück geboara', und mit mei'r Fräd isch aus auf der Welt!" — „So," versetzte Kaspar, indem er ihn mitleidig ansah; — „willst de net lieber glei gar versäufa'?" — Michel schaute ihn an. „Du bist a Narr," fuhr Kaspar fort, „des sag d'r ih! Nex ist verspielt, gar nex!" — „So," erwiderte Michel, „wamma' se so o'g'scheit benemmi ond" — „Dei' Benemma' schod't d'r gar nex," fiel Kaspar ein. „Des ist eba' d'Liab! D'Liab macht verwirrt, ond wamma' verwirrt ist, macht ma' Dommheita'. Aber d'Liab ist ja eba', was d'Mädla haba' wöllet! ond wann oer vor lauter Liab duet als ob 'r narred wär, globst, des nemmt d'r oena'n übel? Jo bis Much (auf die Woche, das heißt niemals)! Frda' duet se's ond geara' bont's so oen!"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519181212-15/fragment/page=0005

Hallesche Kriegsverluste.

Preußische Verlustliste Nr. 1304. Inf.-Regt. Nr. 46, Minenwerfer-Komp. Geitner, Otto, 24. 12. 92, vermißt. Inf.-Regt Nr. 47, 1. Komp. Gestreiter Lust, Hermann, 14. 9. 92, vermißt. Reserve-Inf.-Regt. Nr. 87, 12. Komp. Leutnant Jaeger, Lorenz, 23. 9. 92, vermißt. Res.-Inf.-Regt. Nr. 231, 10. Komp. Knauf, Otto, 27. 7. 83, leicht verwundet Berichtigungen früherer Angaben, 1. Komp. Gefreiter Beckert, Paul, 4. 6. 97, bisher vermißt, in Gefangenschaft. 3. Maschinengewehr-Komp. Ostwald, Fritz, 11. 11. 98, leicht verwundet, bei der Truppe. 1. Maschinengewehr-Komp. Hook, Otto, 14. 7. 95, bisher vermißt, in Gefangenschaft.

Preußische Verlustliste Nr. 1305. 2. Garde-Regt. zu Fuß, 12. Komp. Hoffmüller, Walter, 6 2. 96, vermißt. Res.-Inf.-Regt. Nr. 56, 5. Komp. Geißler, Kurt, 19. 6. 96, vermißt. Landwehr-Inf.-Regt. Nr. 153. Berichtigungen früherer Angaben. Füchsel, Richard (4. Komp.), 7. 9. 96, bisher vermißt, in Gefangenschaft. (A. R.) Res.-Feldartillerie-Regt. Nr. 68, 1. Batt. Unteroffizier Constabel, Ernst, 27. 7. 94, gestorben an seinen Wunden, 15. 10. 18. 6. Batterie. Leutnant d. Res. Müller, Walter Eckard, 27. 4. 93, gefallen 29. 9. 18. Brodel, Adolf, 18. 7. 97, leicht verwundet. Feldartillerie-Regt. Nr. 229, 8. Batt. Seige, Karl, 9. 7. 66, gefallen, 4. 10. 18. Res.-Fußartillerie-Regt. Nr. 4. Kuhne (nicht Kulme), Heinrich, (8. Batterie), 29. 1. 98, vermißt. Fußartillerie-Regt. Nr. 21, 2. Batt. Klauswitzer, Kurt, 25. 4. 97, leicht verwundet. Flugabwehrkanonenzug Nr. 11. Unteroffizier Reichel, Gustav Willy Max, 6. 12. 96, gestorben an seinen Wunden 2. 7. 18.

Preußische Verlustliste Nr. 1306. Infanterie-Regiment Nr. 27: Saal, Franz (5. Komp.), 16. 4. 99, verm. Andre, Otto (2. Maschinengewehr-Komp.), 26. 6. 93, verm. — Infanterie-Regiment Nr. 30: Berichtigung früherer Angabe 2. Komp.: Hennicke, Otto, 24. 11. 88, bisher verm., lt. prip. Mitteil. in Gefangenschaft. — Infanterie-Regiment Nr. 46: Henze, Fritz (11. Komp.), 12. 9. 89, verm. — Reserve-Infant.-Regiment Nr. 260. Grimm, Paul (10. Komp.), 2. 2. 95, bisher verm., verletzt.

Preußische Verlustliste Nr. 1307. Infanterie-Regiment Nr. 27: Teller, Karl (5. Komp.), 26. 8. 92, bisher verm., gestorben. — Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 222: Haggemeier, Friedrich, 20. 3. 84, leicht verletzt. — Infanterie-Regiment Nr. 359, 1. Komp.: Helm, Ernst, 18. 6. 99, schwer verwundet. Seyffarth, Georg, 14. 12. 96, in Gefangenschaft.

Preußische Verlustliste Nr. 1309. Infanterie-Regiment Nr. 368, 3. Komp.: Uffz. Ehrlich, Herbert, 25. 7. 96, l. verw. 10. Komp.: Fiedler, Alfred, 30. 10. 97, l. verw. 2. Maschinengew.-Komp.: Jakob, Gustav, 4. 11. 97, verm. — Infanterie-Regiment Nr. 412, 12. Komp.: Gefr. Schneider, Kurt, 20. 4. 94, leicht verw. — Infanterie-Regiment Nr. 453 (Berichtigung früherer Angaben), 6. Komp.: Lipke, Franz, 7. 8. 98, bisher schwer verm., gest. 23. 12. 17.

Sächsische Verlustliste Nr. 558. Zöllner, Walther, Uffz., 23. 11., schwer verwundet.

Sächsische Verlustliste Nr. 559. Klauß, Willy, Uffz., 30. 1., verm. Mitius, Paul, Sanit.-Gefr., 29. 9., verm. Pischner, Hans, 9. 12., verm. Schönherr, Fritz, 5. 11., verm.

Kaiserliche Marine. Verlustliste Nr. 162. Müller, Kurt, Sergeant d. S., 11, vermißt. Teuser, Johannes, Ob. San. Gst., schwer verwundet.

Aus der Provinz.

Merseburg. Kohlennot. Wie uns mitgeteilt wird, müssen auch die Braunkohlenwerke in unserer unmittelbaren Umgebung, Beuna und Großkayna, ihren Betrieb wesentlich einschränken, da es an Arbeitern mangelt. Trotz der hohen Löhne können die Betriebsleitungen keine Arbeiter erhalten, da angeblich die Arbeit in den Werken zu schmutzig sei und daher eine Arbeitsannahme abgelehnt wird. Wenn demgegenüber aus Halle berichtet wird, daß dort über 20 000 männliche Personen ohne Arbeit sind, so muß doch von den maßgebenden Stellen für schleunige Abhilfe Sorge getragen werden. Die Kohlennot, wenn sie auf derartige Ursachen zurückzuführen ist, wächst sich zu einer großen Gefahr für unser gesamtes Wirtschaftsleben aus und hat unnachsichtlich zur Folge, daß dadurch noch weitere Betriebe stillgelegt werden. Es wäre eine dankenswerte Aufgabe der Arbeiterräte, hier schleunigst eine vermittelnde Tätigkeit in die Wege zu leiten.

Merseburg. Auf die Dezembermarken der Leuchtmittelkarte des Kreises Merseburg dürfen die Verkaufsstellen 1 Liter Petroleum, 3 Pfund Karbid und 1 Kerze abgeben.

Merseburg. Ein Einbruch wurde in der Nacht zum Sonntag im Landratsamt verübt. Der oder die Diebe hatten es anscheinend nur auf Geld abgesehen, doch fand sich solches nicht vor. Nur einige Lebensmittelmarken eigneten sie sich an. Größere Mengen Marken fielen den Dieben nicht in die Hände, da sie anscheinend gestört worden sind. Die verursachte große Unordnung in den Bureaus läßt darauf schließen, daß der Diebstahl in Eile ausgeführt wurde. Irgend welche Anhaltspunkte über die Person der Diebe liegen nicht vor.

Querfurt. Von schwerem Leid heimgesucht wurde die Familie des Mühlenbesitzers Fritzsche in Jüdendorf. Vor drei Wochen fiel der heimtückischen Grippe eine 20jährige Tochter zum Opfer. Nunmehr wurden auch die Eltern in noch rüstigem Alter innerhalb 48 Stunden durch dieselbe Krankheit dahingerafft. Außerdem liegen noch drei Töchter schwer krank danieder.

Naumburg. Diebstahl. In der Sonnabend-Nacht drangen Diebe in den Krollschen Weinberg in der Weichau ein. Nachdem sie gewaltsam das Tor eines Nachbarberges geöffnet hatten, erbrachen sie die Stalltür und entwendeten einen Truthahn und 4 Enten. Auch ein Ziegenböckchen wurde anfänglich vermißt, fand sich jedoch zur Freude des Besitzers auf eine nnahen Feldstück bald wieder, vermutlich war es den Dieben entsprungen.

Zeitz. Wackre Tat. Als am Sonntag gegen 12,45 Uhr mittags die Bahnhofswache der hiesigen Sicherheitskompagnie aufzog, bemerkte diese, daß ein 17jähriges Mädchen aus der Umgegend von Zeitz an der sogen. Dreierbrücke sich in die Elster stürzte. Dragoner Alfred Kerl sprang entschlossen in das Wasser und holte die Bedauernswerte heraus.

Wittenberg. Verkaufsbudeeinbrüchen. In einer Nacht ist in der Verkaufsbude der Frau Winkler an der Bahnunterführung vorm Elstertor wieder ein Einbruch verübt worden. Der Dieb hat die Rückwand vom Garten aus herausgebrochen und alle Gegenstände (Flaschen, Tassen, Zwiebeln usw.), auch einige Nahrungsmittel gestohlen. Ansichtspostkarten lagen zerrissen auf dem Boden herumgestreut. Besonders schmerzlich für die Betroffene ist der Verlust einer erst neu gekauften, rot gestrichenen Wage, welche mitsamt den Gewichten, ebenfalls gestohlen worden ist. Vor Ankauf wird gewarnt.

— Zu dem Einbruchsdiebstahl in der Nacht zum Freitag bei dem Bandagisten Eule in der Collegienstraße erfahren wir noch folgendes: Den Bemühungen der Polizei ist es gelungen, festzustellen, daß die gestohlenen Gegenstände nach dem Restaurant zur Flotte in der Mittelstraße gebracht worden waren. Bei einer dortselbst vorgenommenen Durchsuchung wurden noch eine Menge Portemonnaies und andere Sachen gefunden, die E. bestimmt als sein Eigentum erkannte. Auf Grund dieses Fundes wurden dortselbst mehrere Angehörige des Wirtes, und zwar zwei Frauen namens Morgenthal festgenommen. Weiter wurde festgestellt, daß der in der Schloßstraße wohnhafte Rohde bei dem Diebstahl beteiligt gewesen ist, so daß auch dieser festgenommen werden konnte. Die Betreffenden wurden dem Gerichtsgefängnis zugeführt.

Klostermansfeld. Riesenschleichhandel. Dem hiesigen A.- und S.-Rat ist es am Sonnabend mittag gelungen, auf Bahnhof Mansfeld einen ganzen Eisenbahnwagen Schleichhandelswaren, welche jedenfalls aus Kantinen- oder Marketendermagazinen stammen, zu beschlagnahmen. Der Waggon enthält: Zigarren, Tabak, Schnäpse, Käse, Zucker, Wolle, Garn, Seifenpulver, Schuhcreme, ganze Kisten mit Waren, die noch nicht festgestellt worden sind. Der Wert dieses Waggoninhalts wird nach bisheriger oberflächlicher Schätzung auf mindestens 200 000 M. angenommen.

Dommitzsch. Einbrecher. Nachdem in der Nacht zum vorigen Sonntag Einbrecher dem Schneidermeister Wilhau in der Torgauer Straße einen Besuch abgestattet haben, bei dem sie einen gutgenährten Ziegenbock und fünf fette Kaninchen erbeuteten, sind in der Nacht zum Mittwoch wiederum zwei Einbrüche verübt. Mittelst Einsteigen drangen die Diebe in die Geschäftsräume der hiesigen Bahnhofverwaltung ein und hielten eine eingehende Durchsuchung sämtlicher Räume und Behälter ab. Da sie von den vorgefundenen Sachen keinen rechten Gebrauch machen konnten, Geld aber nicht vorfanden, nahmen sie nur einen Mantel mit, der im Schalterraum hing. Mehr Erfolg hatten die Einbrecher in der Plaßschen Molkerei. Aus einem Raum haben sie zwei Faß Butter (250 Pfund), die am anderen Tage mit der Bahn versandt werden sollten, und deren jedes ein Gewicht von 130 Pfd. hat, zum Fenster hinausgeschoben und damit das Weite gesucht. Nach den angestellten Ermittelungen kommen mindestens zwei kräftige Personen in Betracht, die mit den Gepflogenheiten im Betriebe genau vertraut sein müssen. Für die Ermittelung der Diebe setzt der Eigentümer eine Belohnung von 200 M. aus.

Sitzenroda. Familiendrama. Ein tiefbedauerlicher Vorfall ereignete sich Donnerstag abend 9½ Uhr. Die Ehefrau des Arbeiters Drauschke ertränkte sich mit drei Kindern im Alter von 5, 3 und 1½ Jahren im Tauraer Feldteich. Es wird angenommen, daß die Tat infolge einer längeren und schweren Nervenkrankheit der Frau geschehen ist.

Rehmsdorf. Schwerer Unfall. Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend in der Fabrik des Vereins Chem. Fabriken, A.-G. Rehmsdorf. Der Arbeiter Neddermeyer aus Zeitz kam bei seiner Arbeit mit dem rechten Fuß in den Brecher, so daß Neddermeyer der Fuß oberhalb des Knies abgerissen wurde. Der Verunglückte wurde am frühen Morgen ins Städtische Krankenhaus überführt. Wie verlautet, ist Neddermeyer Vater einer starken Familie.

Pakendorf. Sieben Schafe gestohlen. Von der hiesigen Domäne sind aus dem festverschlossenen Schafstalle in der Nacht vom 4. zum 5. d. M. sieben Stück Schafe im Werte von etwa 2000 Mark gestohlen worden. Die Schafe sind gleich an Ort und Stelle im Stalle abgeschlachtet worden. Die polizeilichen Feststellungen haben ergeben, daß sich vermutlich, ehe der Schäfer die Schafherde in den Stall getrieben hat, sich eine Person in den Schafstall eingeschlichen hat. Als der Schäfer nun die Tore des Stalles geschlossen hatte, hat der Dieb sich an das Abschlachten der Schafe gemacht. Die geschlachteten Schafe wurden dann aus dem nördlichen Tore, welches ins freie Feld führt, herausbefördert. Eine einspännige Wagenspur führt vom Tor nach dem Jütrichauer Weg in der Richtung Jütrichau.

Genossen!
Werbt Mitglieder für die Partei!

hof Mansfeld einen ganzen Eisenbahnwagen Schleichhandelswaren, welche jedenfalls aus Kantinen- oder Marketendermagazinen stammen, zu beschlagnahmen. Der Waggon enthält: Zigarren, Tabak, Schnäpse, Käse, Zucker, Wolle, Garn, Seifenpulver, Schuhcreme, ganze Kisten mit Waren, die noch nicht festgestellt worden sind. Der Wert dieses Waggoninhalts wird nach bisheriger oberflächlicher Schätzung auf mindestens 200 000 M. angenommen.

Dommitzsch. Einbrecher. Nachdem in der Nacht zum vorigen Sonntag Einbrecher dem Schneidermeister Wilhau in der Torgauer Straße einen Besuch abgestattet haben, bei dem sie einen gutgenährten Ziegenbock und fünf fette Kaninchen erbeuteten, sind in der Nacht zum Mittwoch wiederum zwei Einbrüche verübt. Mittelst Einsteigen drangen die Diebe in die Geschäftsräume der hiesigen Bahnhofverwaltung ein und hielten eine eingehende Durchsuchung sämtlicher Räume und Behälter ab. Da sie von den vorgefundenen Sachen keinen rechten Gebrauch machen konnten, Geld aber nicht vorfanden, nahmen sie nur einen Mantel mit, der im Schalterraum hing. Mehr Erfolg hatten die Einbrecher in der Plaßschen Molkerei. Aus einem Raum haben sie zwei Faß Butter (250 Pfund), die am anderen Tage mit der Bahn versandt werden sollten, und deren jedes ein Gewicht von 130 Pfd. hat, zum Fenster hinausgeschoben und damit das Weite gesucht. Nach den angestellten Ermittelungen kommen mindestens zwei kräftige Personen in Betracht, die mit den Gepflogenheiten im Betriebe genau vertraut sein müssen. Für die Ermittelung der Diebe setzt der Eigentümer eine Belohnung von 200 M. aus.

Sitzenroda. Familiendrama. Ein tiefbedauerlicher Vorfall ereignete sich Donnerstag abend 9½ Uhr. Die Ehefrau des Arbeiters Drauschke ertränkte sich mit drei Kindern im Alter von 5, 3 und 1½ Jahren im Tauraer Feldteich. Es wird angenommen, daß die Tat infolge einer längeren und schweren Nervenkrankheit der Frau geschehen ist.

Rehmsdorf. Schwerer Unfall. Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend in der Fabrik des Vereins Chem. Fabriken, A.-G. Rehmsdorf. Der Arbeiter Neddermeyer aus Zeitz kam bei seiner Arbeit mit dem rechten Fuß in den Brecher, so daß Neddermeyer der Fuß oberhalb des Knies abgerissen wurde. Der Verunglückte wurde am frühen Morgen ins Städtische Krankenhaus überführt. Wie verlautet, ist Neddermeyer Vater einer starken Familie.

Pakendorf. Sieben Schafe gestohlen. Von der hiesigen Domäne sind aus dem festverschlossenen Schafstalle in der Nacht vom 4. zum 5. d. M. sieben Stück Schafe im Werte von etwa 2000 Mark gestohlen worden. Die Schafe sind gleich an Ort und Stelle im Stalle abgeschlachtet worden. Die polizeilichen Feststellungen haben ergeben, daß sich vermutlich, ehe der Schäfer die Schafherde in den Stall getrieben hat, sich eine Person in den Schafstall eingeschlichen hat. Als der Schäfer nun die Tore des Stalles geschlossen hatte, hat der Dieb sich an das Abschlachten der Schafe gemacht. Die geschlachteten Schafe wurden dann aus dem nördlichen Tore, welches ins freie Feld führt, herausbefördert. Eine einspännige Wagenspur führt vom Tor nach dem Jütrichauer Weg in der Richtung Jütrichau.

Ein Aufruf an die Arbeitslosen.

Die Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände wendet sich mit folgendem Aufruf an das werktätige Volk Deutschlands.

Was kann uns retten?

Uns allen droht der Untergang! Unerhörte feindliche Waffenstillstandsbedingungen und überhastete Demobilmachung haben das Räderwerk unserer Wirtschaftsmaschine aufs schwerste geschädigt. Arbeitsgeist und Ordnungssinn sind gelähmt; viele verharren in Untätigkeit. Der Ueberflutung der Großstädte steht Arbeitermangel in den Industriebezirken und in der Landwirtschaft gegenüber.

Arbeitermangel herrscht im Bergbau. Die Kohle ist die Kraftquelle der Volkswirtschaft. Die Kohlennot ist aufs höchste gestiegen. Die Fabriken müssen feiern: Wir müssen frieren und warme Nahrung und Wohnung entbehren.

Arbeitslose, helft Kohlen fördern!

Arbeitermangel herrscht in der Eisen- und Stahlindustrie. Eisen ist das Rückgrat des Erwerbslebens. Ohne eisernen Pflug und Spaten keine Ackerbestellung, keine Ernte, daher keine Nahrung. Ohne eiserne Maschinen keine Textilindustrie, daher keine Kleidung. Ohne eiserne Werkzeuge und Geräte keine Bautätigkeit, daher keine Wohnung. Ohne Eisen keine Lokomotive, keine Eisenbahnwagen, keine Schiffe, daher kein Verkehr.

Arbeitslose, helft Eisen schaffen!

Arbeitermangel herrscht vielerorts im Transportgewerbe. Das Transportgewerbe ist das Triebrad des Volkslebens. Unsere Verkehrsmittel sind abgenutzt. 5000 Lokomotiven und 150 000 Güterwagen hat uns die Entente weggenommen. Mit dem verbliebenen Rest müssen wir wirtschaften. Ohne schnelle Entladung kein geregelter Güterumlauf.

Arbeitslose, helft den Güterverkehr beschleunigen!

Arbeitermangel herrscht in der Land- und Forstwirtschaft. Die Landwirtschaft ist unsere Nährmutter. Kartoffeln stecken noch in der Erde und drohen zu verderben. Dem Milchvieh fehlt die Pflege. Getreide bleibt ungedroschen, und das in einer Zeit größter Nahrungsmittelknappheit! Bäume werden nicht gefällt, es fehlt an Bau-, Brenn- und Grubenholz.

Arbeitslose, geht in die Land- und Forstwirtschaft!

Ausgleich der Arbeitskräfte ist das Gebot der Stunde. Arbeitslose, bleibt nicht in den Großstädten! Arbeitsgelegenheit wird noch lange fehlen, weil Roh- und Hilfsstoffe nicht herankommen und Aufträge ausbleiben! In die überfüllten Fabriken der Großstädte strömen jetzt die Feldgrauen hinein, die ein Recht auf ihren alten Platz haben.

Arbeiter, ihr habt einer Schicksal in der eigenen Hand!

Wer arbeitet, nutzt sich selbst und seinen Volksgenossen. Wer nicht arbeitet, versündigt sich an der Allgemeinheit und schadet sich selbst.

Noch nie in seiner Geschichte war das deutsche Volk auf Gedeih und Verderben so auf gemeinsame Arbeit angewiesen, wie in den nächsten Wochen und Monaten.

Volksgenossen, erkennt und übt wahre Solidarität!

Stärkt den Arbeitswillen und das Verantwortungsbewußtsein, sonst macht ihr euch mitschuldig am Untergang unseres Volkes.

Arbeitslose, meldet euch bei den Arbeitsnachweisen und holt euch Rat bei den Demobilisierungsausschüssen in den Stadt- und Landkreisen.

Bei Arbeitswechsel ist freie Eisenbahnfahrt aus öffentlichen Mitteln gewährleistet.

Bekanntmachung.

Nr. F. R. 850/11. 18. K. R. A.

Artikel I.

Im Auftrage des Demobilmachungsamtes wird folgendes angeordnet:

Die Bekanntmachungen

Nr. 1/7. 15 K.R.A. vom 20. Juli 1915, betreffend Bestandsmeldung und Verwertung von Kupfer in Fertigfabrikaten,

Nr. 5395/9. 15. K.R.A. vom 2. November 1915, betreffend Beschlagnahme und Nachmeldung von Kupfer in Fertigfabrikaten,

Nr. 3646/2. 17. K.R.A. vom März 1917, betreffend Beschlagnahme von Kupferlegierungen (Messing, Rotguß, Bronze) in Fertigfabrikaten und Nachmeldung von Kupfer in Fertigfabrikaten,

Nr. 325/7. 15. K.R.A. vom 31. Juli 1915, betreffend Beschlagnahme, Meldepflicht und Ablieferung von fertigen, gebrauchten und ungebrauchten Gegenständen aus Kupfer, Messing und Reinnickel — vom 31. Juli 1915, Nr. 325/7. 15. K.R.A.,

Nr. 3231/10. 15. K.R.A. vom 16 November 1915, betreffend Enteignung, Ablieferung und Einzahlung der durch die Verordnung Nr. 325/7. 15. K.R.A. beziehungsweise Nr. 325e/7. 15. K.R.A. beschlagnahmten Gegenstände vom 31. Juli bzw. 24. September 1915,

Nr. 2684/2. 16. K.R.A. vom 15. März 1916, betreffend Enteignung, Ablieferung und Einzahlung der durch die Verordnung Nr. 325/7. 15. K.R.A. beziehungsweise Nr. 325e/7. 15. K.R.A. beschlagnahmten Gegenstände vom 31. Juli bzw 24. September 1915 mit Zusätzen,

Nr. 8/1. 18. K.R.A. vom 26 März 1918, betreffend Beschlagnahme, Enteignung und Meldepflicht von Einrichtungsgegenständen bzw. freiwillige Ablieferung auch von anderen Gegenständen aus Kupfer, Kupferlegierungen, Nickel, Nickellegierungen, Aluminium und Zinn,

Nr. 8/6. 18. K.R.A. vom 15. Juni 1918 betreffend Nachtrag zu der Bekanntmachung Nr. Nr. 8/1. 18. K.R.A. vom 26. März 1918,

Nr. 1700 A/8. 17. K.R.A. vom 2. Oktober 1917, betreffend Nachtrag zu der Bekanntmachung Nr. Nr. 1/3. 17 K.R.A. vom 20. Juni 1917,

Nr. 1/2. 17. K.R.A. vom 8. Februar 1917, betreffend Beschlagnahme, Bestandserhebung und Enteignung von Bierglasdeckeln und Bierkrugdeckeln aus Zinn und freiwillige Ablieferung von anderen Zinngegenständen,

Nr. 1/12. 16. K.R.A. vom 10. Januar 1917, betreffend Beschlagnahme, Bestandserhebung und Enteignungen von Prospektpfeifen aus Zinn, von Drgeln und freiwillige Ablieferung von anderen Zinnpfeifen, Schalleitern usw. von Orgeln und sonstigen Musikinstrumenten,

Nr. 1/1. 17. K.R.A. vom 1. März 1917, betreffend Beschlagnahme, Bestandserhebung und Enteignung sowie freiwillige Ablieferung von Glocken aus Bronze,

Nr. 500/2. 17. K.R.A. vom 1. März 1917, betreffend Beschlagnahme, Bestandserhebung und Enteignung von fertigen, gebrauchten und ungebrauchten Gegenständen aus Aluminium,

Nr. 1700/4. 17. K.R.A. vom 10. Mai 1917, betreffend Nachtrag zu der Bekanntmachung Nr. 500/2. 17. K.R.A. vom 1. März 1917,

Nr. 2432/8. 15. K.R.A. vom 24. August 1915, betreffend Bestandsmeldung und freiwillige Ablieferung der zur Bedachung von öffentlichen und privaten Kupfermengen, einschließlich kupferner Dachrinnen, Abfallrohre, Fenster- und Gesimsabdeckungen,

Nr. 200/1. 17. K.R.A. vom 9. März 1917, betreffend Beschlagnahme, Meldepflicht, Enteignung und Ablieferung der bei öffentlichen und privaten Bauwerken zu Blitzschutzanlagen und zur Bedachung verwendeten Kupfermengen, einschließlich kupferner Dachrinnen, Abfallrohre, Fenster- und Gesimsabdeckungen, sowie einschließlich der an Blitzschutzanlagen befindlichen Platinteile,

Nr. 200/1. 17. K.R.A. II. Ang. von Juni 1918, betreffend Nachtrag zur Anweisung an die Kommunalverbände zu der Bekanntmachung Nr. Nr. 200/1. 17. K.R.A. vom 9. März 1917,

Nr. 1700 B/8. 17. K.R.A. vom 2. Oktober 1917, betreffend Nachtrag zu der Bekanntmachung Nr. Nr. 200/1. 17. K.R.A. vom 9. März 1917,

Nr. 100/2. 17. K.R.A. vom 15. Mai 1917, betreffend Beschlagnahme, wiederholte Bestandserhebung und Enteignung von Destillationsapparaten aus Kupfer und Kupferlegierungen (Messing, Rotguß und Bronze) und freiwillige Ablieferung von anderen Brennereigeräten aus Kupfer und Kupferlegierungen (Messing, Rotguß und Bronze),

Nr. 1700/8. 17 K.R.A. vom 2. Oktober 1917, betreffend Nachtrag zu der Bekanntmachung Nr. Nr. 100/2. 17. K.R.A. vom 15. Mai 1917,

Nr. 1400/4. 18. K.R.A. vom 1. Mai 1918, betreffend Beschlagnahme und Bestandserhebung von Gehäusen und Gehäuseteilen von Kontroll-Registrier- und Schreibkassen,

Nr. 1/9. 16. K.R.A. vom 1. September 1916, betreffend Beschlagnahme und Bestandserhebung von Platin,

werden hiermit aufgehoben.

Artikel II.

Im Auftrage des Demobilmachungsamtes und auf Grund des § 1 der Bundesratsverordnung über Sicherstellung von Kriegsbedarf in der Fassung vom 26. April 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 376) wird folgendes angeordnet:

a) Alle Enteignungen, welche sich auf Gegenstände erstrecken, die durch die im Artikel I aufgehobenen Bekanntmachungen betroffen sind, werden, soweit das Material noch nicht abgeliefert ist, hierdurch widerrufen.

b) Alle Enteignungen, welche von der Metall-Mobilmachungsstelle der Kriegsrohstoff-Abteilung veranlaßt sind und Metalle in Fertigfabrikaten betreffen, werden, soweit das Material noch nicht abgeliefert ist, hierdurch widerrufen.

Artikel III.

Auf Erfüllung der durch die Metall-Mobilmachungsstelle abgeschlossenen Käufe von Metallen und Metallgegenständen wird hiermit verzichtet. Der Verzicht erstreckt sich auch auf Material, welches aus solchen Käufen als Restlieferung noch rückständig ist.

Artikel IV.

Im Auftrage des Demobilmachungsamtes wird angeordnet:

Das Einverständnis mit dem im Artikel II ausgesprochenen Widerruf der Enteignungen und der beiderseitige Verzicht auf die weitere Erfüllung der Kaufverträge gemäß Artikel III wird angenommen, falls nicht bis zum 15. Januar 1919 durch eingeschriebenen Brief bei der Metall-Mobilmachungsstelle der Kriegs-Rohstoff-Abteilung des Kriegsministeriums, Berlin W 30, Motzstraße 22, Einspruch erhoben wird.

Trotz des Widerrufs der Enteignungen und des Verzichts auf Erfüllung der Kaufverträge können enteignete oder gekaufte Gegenstände noch bis 15. Januar 1919 abgeliefert werden.

Berlin, den 24. November 1918.

Kriegs-Rohstoff-Abteilung.
gez. Wolffhügel.

Vorstehende Bekanntmachung bringen wir hiermit zur Kenntnis.

Halle, den 7. Dezember 1918. Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Für die jetzt im Grundstück Ludwig-Wucherer-Str. 86, befindliche Ausfertigungsstelle für Bezugsscheine für Web-, Wirk-, Strick- und Schuhwaren wird zum 1. Januar 1919 im Bezirk des VI. Polizeireviers ein geeignetes Lokal zu mieten gesucht. Besonders geeignet sind größere Räume mit Bodenstube.

Angebote mit näheren Angaben und Preis umgehend an das Stadternährungsamt, Abt. II, Marktplatz 22, Zimmer 34, erbeten.

Halle, den 11. Dezember 1918. Der Magistrat.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519181212-15/fragment/page=0006